

11. VI. 29
PERIODIKUM

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 - Postkassentonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher S.-A. 628-41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzustellungsliste
Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgeschickt

Diskontsorgen

Am 26. April hat die Reichsbank den Diskont von 6 1/2 auf 7 1/2 vH erhöht. Von hundert Arbeitern wird kaum einer diese Nachricht beachtet haben. Geld habe ich keins, was gehen mich Börsengeschichten an! So dürften die meisten gedacht haben. Das ist aber ein sehr großer Irrtum. In Wahrheit greifen solche Börsenvorgänge tief in das Leben jedes Einzelnen ein. Unmittelbar bedeutet die Maßnahme der Reichsbank, daß heute, die bei ihr Wechsel einreichen, um vor dem Verfalltag bares Geld dafür zu kriegen, sich einen Abzug von 7 1/2 vH (auf's Jahr berechnet) statt bisher 6 1/2 vH gefallen lassen müssen. Aber im Zusammenhang damit wird natürlich auch aller andere Kredit verteuert, so daß die Unternehmer für ihr Betriebskapital überhaupt höhere Zinsen zahlen müssen. Das verteuert und erschwert die Betriebsführung, und es ist sehr wohl möglich, daß infolgedessen die Produktion eingeschränkt und die Arbeitslosigkeit vergrößert wird. Da haben wir schon eine wichtige Wirkung, die das Diskontmanöver auf das Leben der Arbeiter ausüben kann.

Erst wenig über ein Vierteljahr früher, am 11. Januar, war der Diskont ermäßigt worden. Dies war geschehen, um durch Kreditverbilligung die Wirtschaft zu beleben. Selbstverständlich haben Unternehmer und Kapitalisten eifrig davon Gebrauch gemacht und der Reichsbank viel Geld entzogen. Das geschah in einem Umfange, der die Erwartungen weit übertraf. Ramentlich sah sich die Reichsbank genötigt, von ihren Beständen an Gold und Devisen (dies der Name für ausländische Geldsorten, Dollar, Gulden usw.) kolossal viel herzugeben. Das letztere allerdings nicht an die deutschen Unternehmer. Gold und Devisen sind nicht in den inländischen Verkehr gelangt, sondern die Sache hängt so zusammen.

Devisen werden insbesondere zur Begleichung von Schulden im Auslande gebraucht. Nun hat erstens mal der Reparationsagent sehr viel mehr Bargeld — also Devisen — an die fremden Staaten überwiesen als jemals früher. In der Zeit von September 1928 bis März 1929 waren es 733 Millionen Mark gegen nur 442 Millionen ein Jahr zuvor. Zweitens müssen in Devisen bezahlt werden die Zinsen und Teilrückzahlungen der überhöhten Auslandsschulden. Drittens desgleichen die dauernden Überschüsse der deutschen Einfuhr über die Ausfuhr. Dies alles zusammen hat an den Börsen der ganzen Welt eine starke Nachfrage nach Devisen zum Umtausch für deutsche Mark hervorgerufen und infolgedessen sank die deutsche Valuta. Wer die Inflationszeit noch im Gedächtnis hat, weiß, was das bedeutet: für den Dollar, das Pfund Sterling, den holländischen Gulden usw. mußten mehr Mark bezahlt werden. Zum Beispiel zahlte man an der Berliner Börse für 100 Dollar am 31. Dezember 1928 419,95 M., am 28. Februar 1929 421,40 M.

Dem Laien mag der Unterschied winzig erscheinen: noch nicht 1 1/2 % auf den Dollar. Der Börsenmann weiß, was sich daran verdienen läßt. Und nun bewährte sich wieder einmal die überhäufende Vaterlandsliebe der deutschen Kapitalisten. Sobald sie sahen, daß der Dollar stieg, begannen sie zu spekulieren. Soviel sie nur konnten, „stoben sie aus der Mark“, das heißt sie kauften sich recht Devisen, um deren Kurs noch mehr in die Höhe zu treiben und an dem Unterschied mühelos zu gewinnen. Das sind dieselben Leute, die fortgesetzt predigen, daß eine neue Inflation (das ist eben eine starke Kurssteigerung der Devisen) entsetzliches Unglück über Deutschland bringen würde, und daß, um sie zu verhüten, die — Arbeitslöhne nicht erhöht werden dürfen!

Um dem entgegenzuwirken, hielt sich die Reichsbank für verpflichtet, das Gegenteil zu tun, nämlich Devisen und auch bares Gold zu verkaufen. Auf diese Weise haben sich ihre Bestände erheblich verringert. In der kurzen Zeit von Ende Februar bis Ende April, also in nur zwei Monaten, sind 925 Millionen Mark an Gold und Devisen aus den deutschen Notenbanken herausgelassen, so daß jetzt keine 2000 Millionen mehr darin sind. Erreicht wurde damit nicht viel, denn der Dollar stieg trotzdem weiter. Am 30. April wurden in Berlin 421,75 M. für 100 Dollar gezahlt, am 2. Mai 421,95 M. Im besten Fall also ist das Sinken der Markvaluta durch das Eingreifen der Reichsbank ein wenig gehemmt, verlangsamt worden. Vielleicht wäre sie ohne das noch schneller gesunken. Aber gesunken ist sie auch so.

Dagegen wurde etwas anderes erreicht, das für die Festigkeit der Währung ebenso gefährlich ist: das Vertrauen wurde erschüttert. Je mehr nämlich der Gold- und Devisenabgang der Reichsbank zusammenschmolz, desto traglicher wurde es, ob er zur Deckung des umlaufenden Papiergeldes noch ausreichte. Die Masse des in Deutschland umlaufenden Papiergeldes hat sich nicht sehr geändert. Es sind seit geraumer Zeit mit geringen Schwankungen stets ungefähr 5200 Millionen Mark. Und das Papiergeld immer noch Zwangskurs hat, da es in Gold überhaupt nicht, in Devisen nur unter bestimmten Bedingungen umgewandelt wird, so ist natürlich nicht zu befürchten, daß eines Tages alle Besitzer von Banknoten die Reichsbank stürmen und ihre Noten umgewechselt haben wollen, und daß dann die vorhandenen 2000 Millionen Mark Gold und Devisen nicht reichen werden. Aber es ist nun einmal so, daß — zwar nicht die Masse der Banknoten — wohl aber die Kapitalisten die Sicherheit eines Papiergeldes a u ch nach der Menge der vorhandenen Deckungsmittel abschätzen. Deshalb hielt die Reichsbank in diesem Augenblick eine Erhöhung des Diskonts für notwendig; ja, sie geht sogar noch weiter und weist mancherlei Wechsel, die sie bis dahin anstandslos auszahlte, zurück. Dadurch will sie verhindern, daß ihr noch mehr Gold und Devisen entzogen werden. Obwohl sie weiß — das wird in der amtlichen Begründung ausdrücklich gesagt —, daß sie damit die Lage der Wirtschaft erschwert und verschlimmert.

Die Frage ist nun, was für Folgen wir erwarten müssen. Wird die Diskonterhöhung wenigstens den Zweck erreichen, auf den sie letzten Endes abzielt? Wird sie die Markvaluta vor weiteren Sinken schützen?

Es mag sein, daß sie der Börsenspekulation ein wenig Einhalt tut. Aber die vermehrte Nachfrage nach Devisen durch den Reparationsagenten, für die Zinsen und Tilgung der Auslandsschuld und für die Bezahlung des Einfuhrüberschusses wird bleiben, so daß es noch keineswegs feststeht, ob nur die Sicherung der vorhandenen 2000 Millionen Deckung gelingen wird. Außerdem kommt noch ein Umstand hinzu, den das Reichsbankdirektorium zwar nicht vergessen, aber doch nur sehr nebenbei erwähnt hat: die trostlose Lage der Reichsfinanzen. Auch die ist ein wichtiger Posten für das Vertrauen der Welt in die deutsche Währung. Sind die Finanzen dauernd zerrütet, so läßt sich die Währung nicht halten.

Da aber muß nun gesagt werden, daß die Verwirrung der Regierung, aus dem Schlammassel herauszukommen, und namentlich

ihre neuester Anleihevorschlag nur Kopfschütteln erregen kann. Schon einmal hat sie für teure Zinsen 180 Millionen Mark von den privaten Großbanken geborgt, um Ende April zahlungsfähig zu sein. Das heißt von der Hand in den Mund leben. Jetzt aber will sie 500 Millionen zu 7 vH borgen, was schon ein hoher Zinssatz ist, und außerdem sollen diese Summen von der Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer, der Einkommensteuer und der Kapitalertragsteuer befreit sein! Ein gewaltiger Steuererlass für die Besitzenden, während zur selben Zeit die sozialdemokratische Presse mit Recht erklärt, ein unerlässliches Mittel zum Schutz der Währung sei die Ordnung der Finanzen durch hohe Steuern auf den Besitz.

Und das alles, um 500 Millionen Mark zu kriegen, die ja auch nur etwa 2 1/2 Monate reichen, aber eine dauernde Last an Zinsen und Tilgung hinterlassen werden. Wer kann glauben, daß auf diese Weise das Vertrauen wiederhergestellt wird?
F h t u s.

Gewerkschaften und Maiputsch

Eine Erklärung des Vorstandes des ADGB

Den 1. Mai, an dem die Arbeiter durch einbruchsvolle Kundgebungen für den Völkerrfrieden und die gewerkschaftlichen Forderungen werden, hat die kommunistische Partei zu einem Anschlag auf die Gewerkschaftsbewegung benutzt. 24 Tote, eine beträchtliche Anzahl Verwundete und Verhaftete sind in Berlin das Ergebnis der wahnwütigen kommunistischen Aktion. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat zu dieser Missetat Stellung genommen. Seine Meinung ist im folgenden wiedergegeben:

Die Mitglieder der Gewerkschaften haben den Aufrufen des ADGB in Amsterdam und des ADGB zum 1. Mai allerorts Folge geleistet. Die Arbeitsruhe war in den Städten allgemein, die Feiern und Umzüge sind ruhig verlaufen. Nur in Berlin, wo der größte Teil der Kommunisten und Nationalsozialisten in den letzten Monaten zahlreich Todesopfer geordert hatte, bestand noch das aus diesen Anlässen verhängte polizeiliche Demonstrationsverbot. Gegen dieses Verbot kämpfte die kommunistische Partei in herausfordernder Weise. Sie spitzte ihre Gewaltpropaganda darauf an: Entweder wird die kommunistische Partei oder die Staatsgewalt am 1. Mai die Straßen in Berlin beherrschen, und wenn auch das Blut zahlreicher Toten das Pflaster röten sollte. „Am 1. Mai wird Blut fließen.“ So hieß es in vertraulichen Rundschreiben der kommunistischen Partei.

Es kam der SPD also nicht darauf an, daß das Demonstrationsverbot aufgehoben wurde, sondern sie legte ihre Taktik mit vollem Bewußtsein auf den Kampf mit der Polizei an. Die Gewerkschaften fühlten sich durch das Demonstrationsverbot weniger betroffen, denn sie hatten angesichts der Vorgänge bei den Maidemonstrationen in den Jahren 1927 und 1928 bereits öffentlich zu erkennen gegeben, daß sie nicht noch einmal den kommunistischen Terror dulden und hinter den die Gewerkschaften beschimpfenden Transparenten der Kommunisten demonstrieren würden. Vor allem die skandalösen Beschimpfungen politisch Andersgeinnter durch organisierte und auf Lastwagen transportierte Schreihörner von Kindern und jugendlichen Kommunisten, die unter dem Schutze von Rotfrontkämpfern die Demonstrationzüge hegleteten und vandalisierten, haben bei den verantwortlichen Führern der Gewerkschaften den Entschluß reifen lassen, daß die Wiederholung solch beschämender Szenen verhindert werden müsse.

Als Abwehr gegen das kommunistische Randdiktum blieb entweder die entschiedene Gegenwehr, die jedoch unvermeidlich zu einem Kampf von Arbeitern gegen Arbeiter geführt hätte, oder die Verlegung der Maidemonstration in geschlossene Räume. Den Kommunisten und den mit ihnen Sympathisierenden wurde von der Parteileitung der Versuch der gewerkschaftlichen Veranstaltungen unterzagt. Trotzdem waren sämtliche gewerkschaftliche Veranstaltungen überfüllt und reiflos und sie ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Nicht nur die Wähler der roten

Betriebsräte, sondern sogar die Mitglieder der SPD haben es zumeist vorgezogen, dem Ruf der Gewerkschaften zu folgen.

Demonstrationen konnten sich in Berlin infolge der polizeilichen Maßnahmen nicht entwickeln. Erst im Dunkel der Nacht wurde an einigen eng begrenzten Stellen von Jugendlichen und lichtschüchtern Elementen das Straßenpflaster aufgerissen und auf die Polizei geschossen. In der notwendigen Gegenwehr der Polizei sind dann im Verlauf der Kämpfe auch Unbeteiligte als Blut- und Todesopfer gefallen.

Für die Blutopfer trägt die kommunistische Partei einzig und allein die Verantwortung. Sie brauchte diese Opfer, um ihre Anhänger bei der Stange zu halten und von innerparteilichen Schwierigkeiten und Kämpfen abzulenkeln. Sie brauchte die Blutopfer, um in ihrem Kampf gegen die Gewerkschaften vorwärts zu kommen. Das erste sichtbare Zeichen der kommunistischen Gewaltpolitik gegen die Gewerkschaften war der verbrecherische Überfall auf die Jugendkundgebung in Hamburg bei der Tötung des ADGB. Es ist gerichtsnotorisch jetzt festgestellt, daß die kommunistischen Schlagringhelden und Pfefferstreuer in Hamburg auf höhere Anweisung hin gehandelt haben. Es folgte dann die Verbrüderung mit den revolutionären Unorganisierten bei den Betriebsratswahlen. Es folgten die kommunistischen Kampfleitungen bei den Lohnbewegungen. Die SPD hielt den Zeitpunkt für eine direkte Aktion am 1. Mai für günstig. Für den Fall, daß der erste Ansturm keinen vollen Sieg bringen sollte, war für den 2. Mai der Generallstreik vorgezogen. Für den 1. Mai war zunächst Verleumdungstreif angeordnet. Aber die Berliner Verleumdungsarbeiter, die zum Schrecken ängstlicher Gemüter vor wenigen Wochen mehr als 10 000 Stimmen für die kommunistische Betriebsratsliste abgegeben hatten und angeblich in sechs überfüllten Versammlungen einstimmig für gänzliche Arbeitsruhe am 1. Mai eingetreten waren, streikten nicht. Sie waren entweder „dienstlich verhindert“, zur Maidemonstration zu erscheinen, oder nahmen an den Massenkundgebungen der Gewerkschaften teil. Der Massenstreik der SPD war eine totale Pleite.

Möglichst konnte der seit Monaten mit soviel Aufwand an nichtswürdigen Verleumdungen geführte Kampf gegen die Republik und die Gewerkschaften wirklich nicht zusammenbrechen. Durch die Nichtbefolgung der kommunistischen Pläne haben die Arbeiter die unfauberen Pläne der SPD nicht nur zerfallen, sondern auch dafür gesorgt, daß der Wogenluft weiterer Falschmuss sich zurückziehen muß. Das Willensgehör der Gewerkschaftler lehnte am 1. Mai endgültig die kommunistische Führung ab. Sinowjew's prophetischer Ausspruch vom Jahre 1925 ging in Erfüllung. Er lautete: „Wenn es eine Frage gibt, in der die Kommunisten ihren Kopf einbüßen können, dann ist das die Gewerkschaftsfrage. Wenn es überhaupt eine Frage gibt, die unsere Bruderpartei in Deutschland ruinieren kann, so ist das die Gewerkschaftsfrage.“

Kommunistische Wühlarbeit im Metallarbeiter-Verband Schindluderspiel der KPD mit Metallarbeitern

Am 1. Mai wollte die kommunistische Partei in Deutschland, koste es, was es wolle, mit der praktischen Durchführung ihrer revolutionären Gymnastik beginnen. Über deren Zweck und Ende ist in der vorhergehenden Darstellung des Vorstandes des ADGB schon das nötige gesagt. Die politische Seite des traurigen tatarischen Unterfangens soll uns hier nicht kümmern, auch muß die sicherlich wichtige Frage unerörtert bleiben, ob von der zuständigen amtlichen Seite nicht mehr oder weniger hätte getan oder unterlassen werden können, um den kommunistischen Putsch weniger opferreich auslaufen zu lassen. Was uns hier verständlicherweise besonders kümmert, das ist die Rolle, die unseren Berufscollegen, den Metallarbeitern in dem Putschplan der KPD zugeordnet war.

Die Vorbereitung des Putsches ist von der kommunistischen Partei sehr gründlich geübt. In Anbetracht der Masse von Sitzungen, Konferenzen, Rundschreiben, Aufrufen usw. muß man gestehen, daß man es mit einer sehr tiefen bolschewistischen Sache zu tun hat. Für deren Erfolg hielt man die aktive Teilnahme besonders der Metallarbeiter für unerlässlich. Natürlich hielt man auch das Mitmachen anderer Berufsgruppen für sehr geboten, auf ihre Gewinnung ist aber lange nicht soviel Eifer und Druckpapier verwendet worden wie auf die Metallarbeiter. Das

außergewöhnlich starke Interesse der KPD für die Metallarbeiter, richtiger, für ihre Organisation, das ja schon immer vorhanden war, ist leicht zu verstehen: Der Metallarbeiter-Verband ist die größte Gewerkschaft der Welt, er hat vorzügliche Unterstüzungseinrichtungen, ist finanziell gut gerüstet, verfügt über einen zahlreichen Beamtenskörper, vortrefflichen Verwaltungsapparat, eine weitverbreitete Presse und hat unzählige Mitglieder in öffentlichen Körperschaften (igen. Aber eine derart beschaffene und finanziell gut gestellte Organisation verfügen für können, ist verständlicherweise der heiße Wunsch der kommunistischen Zentrale in Moskau. Deren Politik betäme einen schwerklich zu überhäufenden Stützpunkt, könnte der Deutsche Metallarbeiter-Verband erobert werden. Was Wunder, daß die Zentrale in Moskau ihre deutschen Agenten unausgeseht antreibt, die größte Gewerkschaft der Welt zu erobern oder, wenn das unmöglich, sie durch Wühlerei, Verunglimpfung und Verwirrung so zu schwächen, daß sie nichts mehr für die Metallarbeiter tun und folgedessen keine Anziehungskraft mehr haben kann.

Diese Eröagung — Eröberung oder Zerstörung des ADGB — hat ja seit Jahren die Tätigkeit der KPD maßgebend bestimmt, und sie tat es auch bei den Vorbereitungen

zum 1. Mai. Daß der Weltfeiertag wirklich zu einem „großen Kampftag“ auszersehen war, geht aus den Reden und Schriftsätzen deutlich hervor. So erklärte, um nur ein Zeugnis anzuführen, der offizielle Referent S. einer Konferenz, die sich mit dem 1. Mai und der Metallarbeiterbewegung befassen sollte, sei siehe, daß es am 1. Mai zu Blutvergießen kommen werde. Diesen sicher zu erwartenden Ereignissen dürfe die Arbeiterchaft nicht tatenlos gegenüberstehen. Aus diesem Grunde (dem Blutvergießen) habe die (kommunistische) Bezirksleitung beschlossen, am 2. Mai den Generalkrieg auszurufen, den eine besondere Konferenz der Maobiter Betriebe am 19. April behandeln solle.

Aus dem Haufen von Reden und Rundschreiben, die die Wochen vor dem 1. Mai brachten, wird es offensichtlich, daß die KPD es planmäßig drauf anlegte, möglichst viel Metallarbeiter in den Putz hineinzuwickeln. Und da deren Schicksal so gut wie sicher voraussehbar war, ergab sich das weitere von selbst: dann sollten diese Opfer des Putzes vom Metallarbeiter-Verband Unterstützung fordern, da aber daran, weil statutenwidrig, gar nicht zu denken ist, wollte man die gedrückte Stimmung der mittellosen Metallarbeiter gehörig gegen den Verband aufpeitschen. Was sich daraus entwickeln konnte und sollte, beraten einige von den vielen Schriftstücken und Handlungen. Dieses Was ist nichts geringeres als die Spaltung des Metallarbeiter-Verbandes.

Auch für dieses liebliche Ziel wurde Vorkehrung getroffen. Verschiedene Veranstaltungen erhielten als Tagesordnung — Abwehr der Spaltung der Verbandsbürokratie. Der Erid war gewiß nicht übel. Dann wurde ein „Kampffrogramm“ herausgegeben, das „gegen die Spaltungs- und Reverspolitik“ des Metallarbeiter-Verbandes gerichtet sein sollte. In diesem Programm sind auch die „Kampfforderungen der Jungmetallarbeiter“ enthalten. Hierin wird den Lehrlingen und Jugendlichen der Metallindustrie gesagt:

„Die reformistische Gewerkschafts- und Parteibürokratie unterstützt diese Maßnahmen der imperialistischen Kriegsvorbereitungen voll und ganz...“

Es gilt alle jungen Metallarbeiter und Lehrlinge... zu sammeln. Gegen Gewerkschaftspaltung und Reverspolitik der reformistischen Bürokratie! In diesem Kampf wird die Berliner Jugendmetallkonferenz am 28. April ein Auftakt sein...“

Beachtenswert ist der Tag der Jugendkonferenz, der 28. April. Also drei Tage vor dem „großen Kampftag“ sollten die Lehrlinge Stellung nehmen zu den — imperialistischen Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie und gegen die „reformistische Bürokratie“ des Metallarbeiter-Verbandes. Und ausgerechnet am Vorabend des Tages, wo die kommunistischen Weltmächter eine günstige Gelegenheit, das wichtige Vorbild für den „großen Kampftag“ kommen lassen oder inszenieren wollten, nämlich den Streik in den Metallbetrieben Berlins.

Die Metallarbeiter in den BSW-Betrieben, 180 000 an der Zahl, standen in einer Lohnbewegung. Der Tarifvertrag lief am 29. April ab. Ein Schiedsgericht stand in Aussicht. Aber die Kommunisten wollten ihr möglichstes tun, daß er von den Arbeitern abgelehnt werde. Darauf sollte der Streik folgen und hierfür wurde fieberhaft gearbeitet. In einem umfangreichen Rundschreiben wurde die Unerschlichkeit eingeleitet, Streikkomitees von revolutionären Kollegen, Erwerbslosen und Frauen zu bilden. Die Tätigkeit dieser Komitees wurde bis ins einzelne festgelegt. Die Kinder sollten zu Aktionen in den Schulen veranlaßt, die roten Frontkämpfer zur Abwehr von Streikbrechern herangezogen werden. Aber den Streikkomitees sollte eine zentrale Streikleitung thronen. Der Zweck dieser Übung ist handgreiflich: die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes sollte bei diesem großen Anstand beiseite geschoben werden. Der DMB sollte wohl die Streikenden unterstützen, den Streik aber wollte die kommunistische Partei führen. Auf diese Weise hoffte man Gewehr dafür zu schaffen, daß man Zehntausende von Metallarbeitern in den Maiputsch führen konnte.

Die Möglichkeit vor indessen nicht von der Hand zu weisen, daß ein großer Teil der Metallarbeiter den sanfteren Plan der KPD durchschauten und zu ihrer Organisation, dem DMB stand. Gegen diese Gefahr wurde die ganze Rednerschar aufgeboten. Sie erhielt den Befehl, die Leuzlichkeit der „reformistischen Bürokratie“ jetzt besonders schwarz zu malen. Wie es zu geschehen habe, betrautet die „Redaktionskommission“. Darin ist den Referenten in Metallarbeiterversammlungen in allen Einzelheiten vorgezeichnet, was sie zu sagen haben. Und das ist wahrhaftig der Beachtung wert. Im dritten Abschnitt der „Disposition“, wo von dem die Rede ist, was die Metallarbeiter zur Durchführung ihrer Forderungen tun müssen, heißt es:

... Die Reformisten sind durch das Bündnis der sozialdemokratischen Führer mit den Unternehmern in der Reichsregierung verpflichtet, die Forderungen der Arbeiter preiszugeben. Sie dürfen ihre Koalitionsstunde wie Siemens und Reich nicht mit den Rechtsweg der Organisation bekämpfen, weil jene sonst das Bündnis mit den Sozialdemokraten sprengen würden...“

Nach diesem das menschlüche Fassungsvermögen weit übersteigenden Aufsatze müssen die redenden Agenten der KPD, deren oberste Stelle ja doch ist, Schlauheit und Trug anbefohlen hat, den Metallarbeitern folgenden Rat zur Durchführung ihrer Forderungen geben:

- 1. Die Metallarbeiter müssen darauf, da sie von der Ortsverwaltung keine Hilfe zu erwarten haben, ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Sie müssen sich in den Betrieben zur Aufzählung des Kampfes am 29. April auch gegen den Willen der Bürokratie (gemeint ist die Leitung des DMB) wehrbereit machen. Dazu... ist notwendig:
- 1. Belegschaftsversammlungen in allen Betrieben...
- 2. Die Wahl von einheitslichen Kampfschreitern, die die Aufnahme des Kampfes am 29. April vorbereiten...
- 3. Die Befähigung aller Funktionäre, die die vertrittenden Maßnahmen der Arbeiterchaft gemeint ist die Ortsverwaltung des DMB in Berlin) in den Betrieben mitmachen und verteidigen. Ihre Erklärung durch öffentliche Reden, die bereit haben, den Kampf der Metallarbeiter auch gegen den Willen der Ortsverwaltung zu führen...

Wie man sieht, sind die von der kommunistischen Partei geforderten Maßnahmen — Kampfkommitees, Befähigung der Gewerkschaftsfunktionäre, Wehrbereitschaft der Ortsverwaltung — auf den 29. April zugeschnitten, offenbar zu dem Zweck, dann die Metallarbeiter, von ihren Funktionären und der Ortsverwaltung nicht mehr beraten, an dem „großen Kampftag“ gegen die „sozialdemokratische Führerschaft“ anzusetzen. Der Rat, der dabei es heißt, noch mehr Einzelheiten von der unabhängigen Kampferregung der KPD, den Metallarbeiter-Verband zu unterwerfen und die Metallarbeiter für das „revolutive Spiel der bolschewistischen Zentrale in Moskau zu mißbrauchen. Den großen Aufwand hat die KPD — leider — nicht ganz nutzlos verthan, wie die Toten, Verwundeten und Beschäftigten in Berlin zeigen. Die KPD hat schließlich auf viel mehr geschöpft.

Zum Glück für die Arbeiterschaft: Die Rechnung der Putzmacher hatte ein großes Loch. Die Metallarbeiter folgten in Sachen des Schiedsgerichts in genügender Zahl dem Rate ihrer Ortsverwaltung, so daß es nicht zum Streit kam, und die Lust, kommunistische Streikkomitees zu wählen und die Gewerkschaftsfunktionäre zu befeitigen, ist in den Metallbetrieben nicht über den Gefrierpunkt hinausgediehen. Und am 1. Mai ließen sich selbst die allermeisten der kommunistisch gesinnten Metallarbeiter nicht zu dem blutigen Handgemenge verlocken. Die moskowitzischen Kader hatten eben wenig Anziehungskraft. Auf etwas anderes aber muß jetzt noch hingewiesen werden:

Demjenigen, dem die Geistesbeschaffenheit der „wirklichen Revolutionäre“ noch etwas fremd ist, fällt in den kommunistischen Versammlungen sowie beim Lesen ihrer Schriftstücke zweies besonders auf: erstens der Stabvergehorfam, womit die Agenten der KPD deren Befehle ausführen, und die Skrupellosigkeit, womit sie habenbüchernen Unsinn oder handgreifliche Lügen vortragen. Man glaubt es da mit Menschen zu tun zu haben, deren Selbständigkeit und Gewissen jenseits des menschlichen Kulturkreises entstanden sind.

Zum andern fällt einem auf, daß es noch immer Arbeiter gibt, die das bolschewistische Teufelspiel nicht durchschaut haben und all den habenbüchernen Unsinn wie die handgreiflichen Lügen wortlos hinnehmen. Man muß an dem Selbstbewußtsein und der Urteilsfähigkeit dieser Arbeiter zweifeln. Oder sollte ihnen die Natur diese beiden Fähigkeiten eines normalen Menschen vorenthalten haben? Es will einem tatsächlich so scheinen. Wäre es anders, sie würden sich nachdrücklich die Unterhöhnung ihrer Gewerkschaft und die Beschimpfung ihrer selbstverordneten Angestellten verbitten.

Oder sollten diese „wirklich revolutionären“ Arbeiter vielleicht gar nicht wissen, was sie der Gewerkschaft und den schier unverdorbenen Gewerkschaftsbeamten verdanken? Da man eine solche Unkenntnis nicht gut annehmen kann, so bleibt nur die Erklärung, daß diese Arbeiter mit zuviel von dem Gegenteil von Mut versehen sind, wodurch sie verhindert werden, den Leuten das Handwerk zu legen, die dafür bezahlt werden, die Gewerkschaft zu schädigen und deren Angestellten zu verunglimpfen. Was nichts anderes heißt, daß sich der organisierte Arbeiter selbst schädigen und verunglimpfen läßt. Eine derartige — Gutmütigkeit ist offenbar nur Gemeingut „wirklich revolutionärer“ Arbeiter. Zum Glück nicht auch der „reformistischen“. Bei ihnen ist, gottlob, die gewerkschaftliche Schulung nicht umsonst gewesen. Ihre wirtschaftliche Erfahrung zeigt ihnen, was sie der Gewerkschaft verdanken. Und sie sind erfreulicherweise mehr als zahlreich genug und entschlossen, jeden Anschlag auf ihre Organisation und ihre Wohlfahrt abzuwehren, komme dieser Anschlag von moskowitzischen Agenten oder von sonstigen Arbeiterfeinden.

Die deutschen Warenpreise

Unsere Industriellen und ihre Schreiber werden nicht müde, die Schuld für das Ausbleiben der als Erfolg der Rationalisierung versprochenen billigeren Warenpreise auf die hohen Arbeitslöhne, Steuern und Soziallasten zu schieben. Bei den heutigen Zuständen in Deutschland war unsere Industrie, so heißt es in der Unternehmerrapport, immer mehr gezwungen, ihre Produktionsstätten ins Ausland zu verlegen. Daß dies nur Klappschere ist, beweist wohl am besten das Bestehen der Amerikaner, die trotz der „ungefundenen Zustände“ in Deutschland dennoch versuchen, immer mehr bei uns Fuß zu fassen.

Vor kurzer Zeit ging die größte deutsche Automobilfabrik, das Opelwerk, in den Besitz der General Motors Corporation, dem größten amerikanischen Automobilwerk über. Diese Firma Opel in Rüsselsheim ließ bis zu ihrer Auflösung durch die Amerikaner in ihren Geschäftsangelegenheiten tun, daß ihre Preise aufs äußerste bezogen seien. Es hieß da umher: „Unsere Umsätze gestatten uns, mit kleinstem Nutzen zufrieden zu sein. Wie jeder gute Kaufmann, so rechnen auch wir auf eine Racl genau...“ Diese Berechnung „auf eine Racl genau“ wurde am besten gekennzeichnet durch eine Bekanntmachung der General Motors Corporation. Sie will den Kleinwagen Opels in verbesserter Form weiterbauen, ihn dennoch um etwa 1000 M. billiger verkaufen. Dieser verbesserte Wagen soll also statt wie bisher für 2800 M. künftig für 1800 M. auf den Markt gebracht werden. Die General Motors erklärt, es bleibe dann immer noch eine genügend hohe Spanne zwischen Produktionskosten und Verkaufspreis, um die Herstellung lohnend erscheinen zu lassen.

Dieses Beispiel wirft ein Licht auf die ungefundenen Verhältnisse der deutschen Preisbildung. Es ist der schlagendste Beweis, mit welcher unzulässig überhöhten Preisen das deutsche Unternehmertum arbeitet. Unsere „Wirtschaftsführer“ haben nur das Bestreben, aus den Käufern übergebährlich hohe Profite herauszuholen! Das Bestreben um die deutsche „Wirtschaft“ ist eitel Spiegelfechterei. Kauff deutsche Waren — damit wir auch das Fell gründlich über die Ohren ziehen können.

Die deutschen Industriellen jammern immer über die „Belastung unserer Wirtschaft“ durch Soziallasten, hohe Arbeitslöhne, Steuern und über staatliche Bevormundung. Die wirkliche Belastung unserer Wirtschaft bilden die Unternehmer selbst, indem sie einerseits durch die niedrigen Löhne, andererseits durch die ungläublich überhöhten Warenpreise die Abgangskanäle für die Waren-erzeugnisse künstlich verstopfen. Denn was die Opels konnten, werden die anderen nicht minder gut verstehen. Daß durch derartig „genaue“ Preisberechnung der innere Markt gelähmt und der Wettbewerbserfolg auf dem Auslandsmarkt verjagt bleiben muß, bedarf wohl keines besonderen Beweises.

Die „Rationalisierung“ der deutschen Warenherstellung hat nur den Erfolg gehabt, eine ungeheure Rafl Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß auszuschalten sowie dem Unternehmertum zu großen Übergewinnen zu verhelfen, den die Verbraucher aufbringen müssen. Trotzdem werden die Schreiber der „Wirtschaftsführer“ nicht müde, der Öffentlichkeit weiszumachen, daß die Rationalisierungserfolge durch die Soziallasten und die übergebährlichen Lohnforderungen der Arbeiterschaft ausgezehrt würden.

Es ist natürlich dergehliche Räbe, unsere „genialen“ Unternehmern, das der Auffassung ist, wir hätten einen zu starken Inlandsverbrauch und unsere Sozialversicherung müsse abgebaut werden, irgendwo mit Veranschlagungen zu kommen. Man kann über die Überforderung der deutschen Wirtschaft verschiedener Auffassung sein. Aber es scheint doch, als ob unsere Unternehmer erst die Hilfe der amerikanischen Ausdehnungsdranges über sich spüren müßten, ehe sie zur Vernunft kommen. Denn sie haben wohl immer die amerikanischen Wirtschaftsführer in den Himmel gehoben, jedoch die Löhne und Preisstellungen der Amerikaner nachzuahmen verweigert. Wenn also die Amerikaner versuchen, in unserer Produktion immer mehr Fuß zu fassen, so tun sie es aber nicht unserer schönen Augen wegen, sondern weil sie glauben, trotz der „hohen“ Steuern und der „unerschütterlichen“ Sozialpolitik bei uns anbringend wirtschaften zu können.

Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Wurde die Sperfrist der Stilllegungsverordnung während einer Ausperrung?

Mit dieser wichtigen Frage beschäftigte sich kürzlich das Reichsarbeitsgericht. Der Kläger R. und die Arbeiterin B. in Dresden klagten gegen die Firma Rotax-Werk AG. in Dresden R. wegen eines Lohnanspruchs. Die Beklagte ist Mitglied des Bezirks-

verbandes der Metallindustriellen in der Freisshauptmannschaft Dresden. Dieser Beschloß am 10. April 1928 für die Betriebe B. Mitglieder die Ausperrung der Belegschaften am 18. April vorzunehmen. Die Beklagte sperre darauf am 18. April alle Arbeiter aus. Während der Ausperrung ruhte ihr Betrieb vollkommen und es wurde den Arbeitern, auch den Mitgliedern des Arbeiterrates kein Lohn gezahlt. Durch Schiedsgericht wurde Lohnfortzahlung am 14. Mai 1928 beigelagt. Der Schiedsgericht hielt u. a. die Klausel, daß Maßregelungen aus Unlak des Streiks nicht stattfinden.

Am 12. April 1928, also einen Tag vor der Ausperrung, stellte die Beklagte Anzeige beim Arbeitsministerium, daß sie in Betrieb teilweise stillzuliegen beabsichtige. Kurz nach Beendigung der Ausperrung hat die Beklagte die beabsichtigte teilweise Stilllegung durchgeführt. Der Kläger und die Arbeiterin sind im Betrieb beschäftigt seit Oktober 1925 beschäftigt gewesen. Beide waren zu Mitglieder des Arbeiterrates. Am 14. Mai meldeten sie sich im Betrieb zur Wiederaufnahme der Arbeit. Die Beklagte lehnte ihre Weiterbeschäftigung ab.

Die Parteien sind verschiedener Auffassung darüber, ob die der Stilllegungsverordnung bestimmte Sperfrist von einem Monat nach Eingang der Stilllegungsanzeige während der Ausperrung laufen und abgelaufen ist. Die Kläger vertreten den Standpunkt, daß der Lauf der Sperfrist durch die Ausperrung, also während der Zeit vom 18. April bis zum 10. Mai gehemmt worden sei. Die Frist erst am 11. Mai überhaupt zu laufen begonnen habe, daß deshalb während der nun folgenden vier Wochen Entlassung unwirksam gewesen seien.

Die Beklagte und auch der Verband der Metallindustriellen vertreten den Standpunkt, daß die Sperfrist gemäß § 1 der Stilllegungsverordnung während der Ausperrung gelaufen und dem 10. Mai zum Ablauf gekommen sei. Dies wird von den Klägern entschieden bestritten. Sie verlangen mit der Klage eine Nachzahlung von Lohn für drei Wochen.

Das Arbeitsgericht in Dresden hat nach Klageantrag entschieden. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung hatte Erfolg. Das Reichsarbeitsgericht in Dresden hob das Urteil der Vorinstanz auf und wies die Klägerin B. mit der Klage ab. In dieser Entscheidung eine grundsätzliche Entscheidung für die gesamte Arbeiterschaft herbeizuführen, legte der Metallarbeiterverband Revision gegen die Urteil des Reichsarbeitsgerichts in Dresden ein. Das Reichsarbeitsgericht beschäftigte sich eingehend mit dieser Frage. Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes, Dr. Fraentel, legte dar, die Stilllegungsverordnung finde nach der ausdrücklichen Vorschrift des § 1 auf solche Massenentlassungen keine Anwendung, die lediglich ein Mittel in wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Unternehmern und Arbeitern verwandt worden sind. Der Vorbericht habe die Auslegung der §§ 1 und 6 der Stilllegungsverordnung unrichtig vorgenommen. Der Lauf der Sperfrist sei durch die Ausperrung gehemmt worden und alle Entlassungen in den nun folgenden vier Wochen unwirksam.

Das Reichsgericht schloß sich diesen Ausführungen an, hob das Urteil der Vorinstanz auf und entschied zugunsten der Klägerin und des Metallarbeiterverbandes.

Die Vorinstanz habe eine falsche Auslegung der §§ 1 und 6 der Stilllegungsverordnung getroffen. Die Bestimmung der Stilllegungsverordnung fände keine Anwendung in wirtschaftlichen Kämpfen. Die in der Stilllegungsverordnung bestimmte Sperfrist von einem Monat sei durch die Ausperrung gehemmt worden. Deshalb sei die Entlassung der Kläger rechtswirksam, weil gegen die Stilllegungsverordnung verstoßt.

Das Reichsarbeitsgericht hat nach Klageantrag in vollem Umfang entschieden. Die Kosten des Rechtsstreits werden der Beklagten auferlegt.

Wohnungsmangel und Freizügigkeit

Der Wohnungsmangel hat die Freizügigkeit der Arbeiterschaft so gut wie ganz unterbunden. Gewöhnlich wird diese Tatsache betrachtet, als ob sie nur die Arbeiterschaft etwas angehe; man übersieht leider noch immer, daß die Unterbindung der Freizügigkeit mit recht empfindlichen Auswirkungen auf die Wirtschaft verknüpft ist. So darf für den freistaat Preußen angenommen werden, daß 140 000 Industriewohnungen fehlen. Für Sachsen dürfte der Bedarf etwa 160 000 bis 170 000 ausmachen. Nun haben die industriellen Werke ihre Fabrikationsanlagen allenthalben erweitert, wofür vor allem die Konzentration und die Rationalisierung drängen. Vielfach kann die gesteigerte Kapazität aber nicht ausgenutzt werden, weil Facharbeiter wegen Wohnungsmangel nicht in genügender Anzahl heranzuziehen sind. Nach Mitteilungen, die Karl Hermann in der „Sozialen Bauwirtschaft“ macht, berechnen verschiedene Werke ihren so entstandenen Produktionsausfall mit 10 bis 15 v. H. Das Bild wird durch eine Feststellung des Reichswirtschaftsministeriums ergänzt, wonach etwa 20 bis 30 v. H. der Arbeiterschaft gegenwärtig beträchtliche Strecken von 5 bis 8 Stunden zu Fuß, auf dem Wege oder mit der Bahn bis zur Arbeitsstelle zurücklegen müssen. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ teilten vor kurzem einen Fall aus einem großen Fabrikbetrieb mit, daß die dort beschäftigten 8000 Arbeiter in fast 1500 Gewerkschaften verteilt wohnen. Daß in diesem Fall die langen Anmarschwege die Arbeitsleistung beeinflussen müssen, ist selbstverständlich. Diese Tatsache sollte einmal die Öffentlichkeit und die Behörden recht eindringlich daran erinnern, daß die Wohnungsmisere in Deutschland nicht nur eine soziale, sondern vor allem eine produktions-technische Frage ist.

Um die Gunst der Unorganisierten

Die Kommunisten umschmeicheln die Unorganisierten und wollen mit ihrer Hilfe den Kapitalismus stürzen. Der Stahlhelm spielt sich gleichermachen als Führer der Unorganisierten auf. In Düsseldorf schnorrt er die Unternehmer an, um Mittel zum Bau eines Stahlhelmschiffes zu bekommen. In dem Empfehlungsschreiben rühmt er sich seiner Stahlhelmgewerkschaft, die allein nur in der Lage wäre, den freien und christlichen Gewerkschaften das Wasser abzugraben. Im großen Ruhrkampf hätten diese Stahlhelmgewerkschaften den Masseneintritt der unorganisierten Arbeiter in die alten Gewerkschaften verhindern können. Die Unorganisierten können stolz sein, die Stahlhelmer haben verhindert, daß sie aus dem brutalen Ruhrkampf die Lehre zogen und sich den Arbeiterkampfserien anschließen. Dafür schnorrt nun der Stahlhelm Judasüberlistung. Dieses charakterlose Unorganisiertentum überwindet man nicht, daß man es umschmeichelt und Ausreden für das arbeiterschädigende Verhalten besorgt, sondern daß man es rücksichtslos bekämpft und die Unorganisierten als das hinstellt, was sie in Wahrheit sind: Schmarotzer am Körper der Arbeiterklasse.

Aus dem Inhalt

Diskontsorgen — Gewerkschaften und Maiputsch	153
Schindluderspiel der KPD mit Metallarbeitern	
Die deutschen Warenpreise — Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts	154
Die Maschinenmenschen	155
Pfingsten — Häusliche Schularbeiten	156
Kämpfer und Mensch — Arbeitslos — Bonzen — Der Bettler — Badereisen für Unbemittelte	157
Eine seltsame Anerkennung — Ergebnisse der Verbandsstätigkeit	158
Aufschwung bei Brown-Boveri — Aus dem Reichstag — Zur Umfrage über die Frauenfrage	159
Unfallschutz in Giessereien	160



Technik und Werkstatt



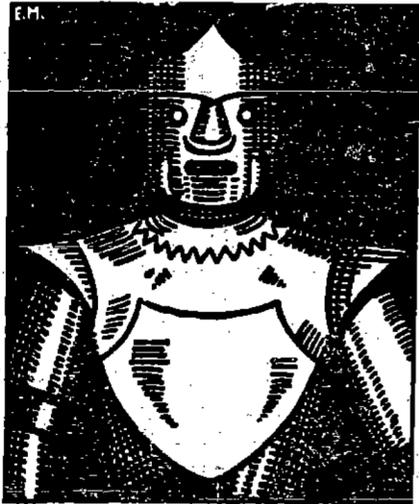
Die Maschinenmenschen

Als Verkehrspolizisten, Rechenmeister und Warenverkäufer

Von Fritz Nummer

Das Ideal der industriellen Leistungsfähigkeit ist die Arbeit bis zu einem solchen Grade zu vereinfachen, daß sie ein angelernter Gorilla machen kann. Frederick W. Taylor.

Das brennendste Problem ist zurzeit die Arbeitslosigkeit. Alle Industriestaaten sind von ihr außergewöhnlich schwer heimge sucht. Es schwankt — um nur die größten Industriestaaten anzuführen — in England seit Jahren die Zahl der Beschäftigungslosen zwischen 1,1 und 1,4 Millionen. Die Not der für die Warenerzeugung überflüssigen Menschen scheint im Vereinigten Königreich einen außergewöhnlich schlimmen Grad erreicht zu haben, denn zeitweis wird für sie in der englischen Presse in herzerweichenden Worten um mildtätige Gaben gebeten. Es gibt Orte, wo Jugendliche seit dem Kriege noch keine Fabrik von innen zu sehen bekommen haben. In den Vereinigten Staaten von Amerika, die vor ein paar Jahren noch gegen größere Arbeitslosigkeit gefeit schienen, werden die Erwerbslosen im Mittel auf 3 Millionen geschätzt. Wie schlimm es dort mit den überflüssigen Arbeitern steht, lassen die Überschriften der Zeitungen ermessen. So konnte man, um bloß ein Beispiel von vielen anzuführen, am 23. Februar auf der Vorderseite der



Der Maschinenmensch ist wie ein mittelalterlicher Ritter gerandet

Boston Post in übergroßen Buchstaben lesen: „Zehntausend betteln verzgeblich um Schneeschauelarbeit — Städtische Werkplätze und Eisenbahnen gestürzt um die Gelegenheit, einen Tagelohn zu verdienen.“ In Deutschland war am Ende des letzten Februar der Arbeitsstand der Arbeitslosigkeit 2,46 Millionen. Seitdem ist er auf 1,2 Millionen heruntergegangen, so daß immer noch mehr als eine Million Menschen am Tische derer mitessen, die produktiv tätig sind.

Die Arbeitslosigkeit kann natürlich in diesem oder jenem Lande mehr oder weniger unter ihren jetzigen Umfang zurückgehen; aber daß sie (bei den heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen) jemals wieder ganz verschwinde, bezweifelt man immer bestimmter. Die Meinung ist nachgerade Gemeingut geworden, daß mit einer starken und im großen ganzen noch zunehmenden Arbeitslosigkeit dauernd zu rechnen sei. Man vermag zurzeit nichts Stichhaltiges zu sehen, was dieser Meinung widerspräche. Dem Ubel ist in Anbetracht der gegenwärtigen Verfassung der Wirtschaft und mit den Regierungen, die heute die großen Industrieländer beglücken, nennenswert schlechterdings nicht zu steuern.

Die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit und die Wahrscheinlichkeit ihrer Dauerhaftigkeit sind schon genugsam dargelegt worden: der Aufbau einer eigenen Industrie von all den Ländern, die vor dem Kriege von Europa mit Waren versorgt wurden. Diese Länder deden nicht nur immer mehr ihren eigenen Bedarf, sondern treten auch in steigendem Maße auf Außenmärkten mit ihren einstigen Lieferanten in Wettbewerb. Dazu die Rationalisierung, vermöge der mit einer abnehmenden Arbeiterzahl eine zunehmende Menge von Waren erzeugt wird. Die Rationalisierung sollte der Arbeiter die Bürde leichter und die Lohnhöhe schwerer machen. Sie hat aber die Bürde schwerer und die Lohnhöhe (der Gesamtarbeiterschaft) leichter gemacht. Zwar soll nicht bestritten werden, daß in rationalisierten Gewerbebezügen oder Betrieben einzelne oder ganze Gruppen von Arbeitern eine Lohnbesserung (wenn auch meist mit größerem Kraftaufwand) erreicht haben. Es kommt aber hier nicht auf das Einkommen der einzelnen an, sondern auf das der Gesamtheit der Arbeiterschaft. An deren Tisch aber speisen die Hunderttausende mit, die durch die Rationalisierung aus ihrer Verdienstmöglichkeit gedrängt sind, wodurch das Gesamteinkommen entsprechend geschmälert wird.

Nun wird uns freilich von gutmeinenden Leuten bedeutet, daß die Beschäftigungslosen geringer und schließlich ganz verschwinden werden, wenn erst einmal die Rationalisierung vollendet sei. Soweit ganz schön. Allein, die Frage ist nur, wann die Vollendung eintritt. Darauf deutet, allgemein gesprochen, nichts hin. Denn die Durchrationalisierung eines Arbeitsvorganges oder eines Betriebes gebiert neue Erfahrung und frischen Antrieb für noch weitere Vervollkommnung. Anders ausgedrückt, die Rationalisierung wird durch ihre eigene Dynamik immer weiter getrieben.

Die Rationalisierung ging von Nordamerika aus. Die anderen Länder müssen wohl oder übel nachkommen. Noch ehe diese mit der Technik ihrer Warenerzeugung das amerikanische Maß nur halbwegs erreicht haben, kommen von dem maßgebenden Industriestaat Neuerungen, die die bisherige Rationalisierung eigentlich bloß als den Anfang einer noch weiter ausgreifenden produktions- und verteilungstechnischen Umwälzung anzunehmen lassen. Die ersten Voten dieser Umwälzung gestatten schon vorauszusagen, daß das nächste Jahrzehnt eher noch reicher sein wird als das letzte an Wandlungen im Betrieb, Umgruppierung von Berufen und Ausscheiden von Handfertigkeitem und Arbeitern.

Einige dieser letzten großen Neuerungen sind allerdings noch im Zustande des Versuches oder der Vervollkommnung, während andere offensichtlich noch mehr schauspielerischen Zwecken dienen. Eine ganze Anzahl aber sind schon in praktischer Tätig-

keit, und sie haben sich dermaßen gut bewährt, daß sie bald zu Zehntausenden in sehr mannigfaltigen Diensten in Verwendung sein werden.

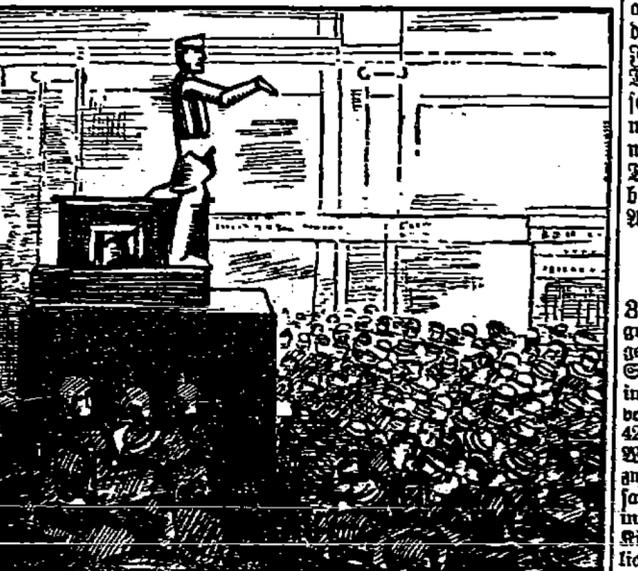
Vor einigen Wochen meldete das in Washington erscheinende Gewerkschaftsblatt Labor, daß nächsten ein Maschinenmensch die Verkehrsregelung an der äußerst belebten Straße zwischen der Lexington und der siebenten Avenue in Newjork übernehmen werde. Bis zum Ende des laufenden Jahres, hieß es in Labor weiter, hoffe man 242 Meilen Straßen und 2061 Kreuzungspunkte der Obhut von Maschinenmenschen unterstellt zu haben. Durch den ersten Maschinenmenschen würden allein schon 16 Verkehrspolizisten für andere Arbeit frei.

Der maschinierete Verkehrspolizist ist jedoch keineswegs der einzige seiner Art. Er ist nur einer der schon ziemlich zahlreichen Familie Robot, und vielleicht nicht einmal der geschickteste. Der leistungsfähigste ist in England zur Welt gekommen. Von seinen Brüdern kommt er der menschlichen Körperform am nächsten. Er ist mit dem Panzerkleid eines mittelalterlichen Ritters gewandet. Er kann stehen und sitzen und redet mit einer menschlichen Stimme. Er kann stundenlang sprechen, ohne zu vergessen, was er zu sagen hat. Er beantwortet auch Fragen, wenn er darüber unterrichtet wurde, und wenn dies nicht der Fall war, antwortet er einfach: „Ich weiß es nicht.“ Der Zuhörer schaffte in Newjork stellte er sich, wie wir The Advance, dem Blatte der Bekleidungsarbeiter entnehmen, mit den Worten vor: „Meine Damen und Herren! Ich bin Erich Robot, der Mann ohne Seele.“ Dann sprach er von den Wolkenkratzern, der überfüllten Untergrundbahn, der Kameradschaftsbeise, dem Alkoholverbot und all den Dingen, die die Leute lachen machen und ihm Vereingtheit sichern.

Da die Zuhörer glaubten, der aus England gekommene Mister Robot treibe seinen Schabernack mit ihnen, untersuchten sie ihn sorgfältig, stellten ihm ertliche Fragen, guckten in sein Inneres, um sich zu vergewissern, ob dort nicht ein Mensch stecke. Denn seine Reden wie sein Benehmen waren, obgleich nicht ganz so wie die eines wirklichen Menschen, doch unheimlich menschlich für einen Mechanismus, der aus Aluminium, Kupfer, Stahl, Drähten und einem Elektromotor besteht. Zweifelsohne ist dieser Engländer eines der am weitesten fortgeschrittenen Geschöpfe unserer Zeit.

Bald nach seiner Ankunft in Amerika begab sich dieser Robot, wie viele seiner englischen Landsleute, auf eine Vortragsreise, wo er vorberhand mehr der Reklame für seinen Schöpfer dient. Dies läßt sich indessen von den anderen Robots nicht sagen, denn sie verrichten längst schon ernste Arbeit. Drei von ihnen, Televog benannt, sind an den Wasserreservoirien der Stadt Washington angestellt. Sie antworten auf telephonischen Anruf und führen Befehle aus, die hundert Meilen weit gegeben werden. Sie berichten ihrem Chef, der in sie hineintelephoniert, die genaue Tiefe des Wassers der Reservoirs. Auch die Edison-Elektrizitätsgesellschaft benutzt den Televog in ihren Unterstationen, so daß diese keines Arbeiters mehr bedürfen. Ein riesiges elektrisches Kraftwerk im Norden Newjorks braucht nur noch sechs Menschen zu seiner Bedienung.

In Washington ist noch ein anderer der Gebrüder Robot in Tätigkeit. Er, der den Beinamen das „Große Bronzehirn“ trägt, sagt dort von jedem Teile der Welt Ebbe und Flut voraus. Auf Grund dieser Berichte fahren Schiffe ein und aus, die mit Millionenwerten und Menschen beladen sind. Aber das Rüstlo, das auf Grund der Meldungen dieses mechanischen Hirns eingegangen wird, ist unendlich geringer als das von einst, als die Voraussage von Ebbe und Flut durch Menschen gemacht wurde. Was das „Große Bronzehirn“ in vollkommener Weise leistet, würde ein volles Hundert ununterbrochen tätiger menschlicher Hirne verlangen. Das Technische Institut des Staates Massachusetts hat ebenfalls ein mechanisches Hirn geschaffen, das mathematische Größen ordnet. Dieses Hirn vermag in einigen Minuten ein verzwicktes Problem zu lösen, worüber ein hochgeschulter Ingenieur ertliche Monate zu brüten hätte.

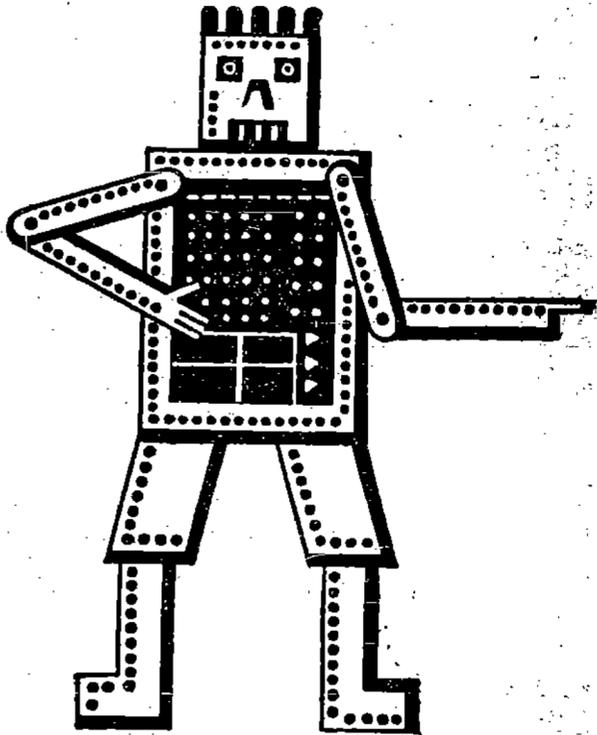


„Ich bin Erich Robot, der Mann ohne Seele.“

Neben den schon in praktischer Arbeit stehenden Robots gibt es eine zunehmende Anzahl von Neuerungen von etwas anderer Form, die aber in Zweck und Wirkung den Robots gleichkommen. Es seien nur die Fernschreibmaschine und der automatische Telegraphist erwähnt. Die eine, noch im Zustande der Vervollkommnung, leht Schrift auf telegraphischem Wege. In der Ankündigung wird von ihr gesagt, daß, wenn sie erst ganz vollkommen sei, werde ein einziger Mann gleichzeitig die Segmaschinen von tausend weit zerstreuten Druckereien so gut

in Bewegung setzen können, wie wenn jede an Ort und Stelle bedient würde, wodurch „unermesslich viel Zeit und Arbeit gespart wird“. Außerdem soll die Sanston-Monotype (Segmaschine) schon in Gebrauch sein, mit der ein Mann viermal mehr als mit der alten Methode fertig bringe. Durch den automatischen Telephonapparat werden nach und nach die Telephonistinnen bis auf wenige überflüssig gemacht. In ein paar Jahren wird auch der alte Telegraphist der Vergangenheit angehören; die automatische Telegraphiermaschine bringt sie rasch außer Stellung.

Am schnellsten und zahlreichsten werden sich die Robots im Warenverkauf breitmachen. Sie dürften bald in den großen Warenhäusern und deren Zweigstellen die Massenartikel allein dem Kunden verabreichen. Wenn ihnen das Geldstück übergeben ist, werden sie die Ware liefern und dankeschön dabei sagen. Die Pläne sind schon fertig, die ganze Warenabgabe zahlreicher Häuser von solchen mechanischen Verkäufern bewerkstelligen zu



Der Televog, der auf telephonischen Anruf antwortet.

lassen. So hat die große Firma Schulte bei der Automatische Merchandising Corporation 50 000 Maschinenmenschen bestellt, die in den Laden der Firma die Waren ausstellen sollen. Und die Drogengesellschaft Bigget hat 2500 Maschinenmenschen in Auftrag gegeben, denen zunächst der Verkauf von Zigarren und Zigaretten obliegen wird.

Damit kann es mit der Vorführung der Gebrüder Robot und ihrer Tätigkeit sein Bewenden haben, weil das Besagte schon zur Kennzeichnung dessen genügen dürfte, was auf dem Gebiete der Warenerzeugung und Verteilung und vielen anderen Dienstzweigen bevorsteht. Aber die Verwendbarkeit der Maschinenmenschen wie über das Maß ihres Einflusses auf den Beschäftigungsgrad der wirklichen Menschen gehen natürlich in Amerika die Meinungen noch auseinander. Doch darin ist man einig, daß die Maschinenmenschen bald in einer erheblichen Zahl von Gewerben, Einrichtungen und Diensten zu finden sein werden. Damit wäre das höchste Ziel von Frederick W. Taylor mehr wie erreicht. Er strebte danach, daß die Fabrikarbeit von einem angelernten Gorilla verrichtet werden kann. Der Gorilla ist immerhin noch ein Geschöpf aus Fleisch und Blut. Indessen sind wir vierzehn Jahre nach dem Tode des Vaters des Taylorismus und der Rationalisierung schon weiter; wir sind nahe daran, daß die Fabrikarbeit und noch schwierigere Dienste von einem Geschöpf aus Stahl, Aluminium, Bronze und Elektrizität verrichtet wird. Aus dieser Tatsache ergeben sich, wie leicht begreiflich, für die Arbeiterschaft bedeutungsvolle Folgen und Möglichkeiten, deren in einem andern Aufsatz gedacht werden soll.

Ein elektrisches Riesenwerk

Die AEG unterbreitet der Öffentlichkeit einen Plan, der zum Ziele hat, die gesamten Wassermengen der hohen Tauern in möglichst großer Höhe zu sammeln und in einigen Werken zu nützen. Geradegu gegeben für diese Idee war der Stallaßfall des Kapruner- und Salzachtals zwischen dem bekannten Moosferboden von St. Johann im Pongau. Zwischen diesen beiden Punkten steht ein Gesamtgefälle von rund 1500 Meter zur Verfügung, das in drei Werken mit rund 420, 880 und 200 Meter Einzelgefälle ausgenutzt werden soll. Die Wassermengen dieses Teiles der österreichischen Alpen werden in zwei große Talsperren zusammengeleitet. Die Kosten dieser Zusammenleitung sollen verhältnismäßig gering sein. Es ist vorgesehen, in die drei Werke eine Maschinenleistung von über eine Million Kilowatt einzubauen. Die Erzeugung kann bis zu ungefähr 68 Milliarden Kilowattstunden gesteigert werden. Die Wassermassen des betreffenden Gebirgsmassivs sind so gewaltig, daß 15 Milliarden Kilowattstunden Regenergie, also eine Kraftmenge, die dem Bedarf der öffentlichen Elektrizitätswirtschaft ganz Deutschlands entspricht, damit erzeugt werden kann. Die Strommengen sollen der österreichischen und deutschen Wirtschaft zugeführt werden. Die Kosten zur Ausführung dieses Planes werden auf eine Milliarde Mark geschätzt. Sie sollen durch Auslandsanleihen aufgebracht werden. Um welche Ersparnis an Kohlen es sich bei der Errichtung solcher Werke handelt, möge daraus zu ersehen sein, daß eine moderne Dampfkraftanlage rund 4 Millionen Tonnen Steinkohle benötigt, um die gleiche Energiemenge zu erzeugen. Das betreffende Werk müßte Stunde für Stunde einen vollen Güterzug mit rund 500 Tonnen Kohle empfangen.

Familie und Heim

Pfingsten

Der Lenz ging auf die freie,
Jung über das grünende Land.
„Wo bist du, Gebenedeite,
Zu der mein Herze entbrannt?“

Da traf er ein liebliches Wesen
Auf bräutlich hoffender Flur,
Das wollte wohl sinnen und lesen
Im Buche der Natur.

Flora, der göttlichen Frau,
Hat er ins Auge geschaut,
Da ward sie auf grünender Aue
Seine liebseelige Braut.

Er hielt sie innig umschlungen,
Wie Mohn den zittrigen Halm.
Da haben die Vöglein gesungen
Den hymenäischen Psalm.

Blüten regneten nieder,
Verhaucht von harziger Luft.
Rosen und Lilien und Flieder
Verschwendeten schäumigen Duft.

Und Menschen strömten ins Freie
Mit frohem Gestaun und Geraun,
Um unter himmlischer Weihe
Das Wunder der Verdung zu
schaun.

Sie priesen mit feurigen Zungen
Den neuen heiligen Geist,

Der, feurig und unbezwungen,
Die freie Menschheit heißt!

Victor Kallmowst.

Der Geist der Pfingsten ist der Geist des Lichts und der Freiheit. Über Fortschritt und Freiheit, seits geistige, seits gesellschaftliche oder welche Art von Freiheit immer, will erkämpft sein. Immer wieder werden die Eagerzigen und Kurzichtigen das Licht der Erkenntnis und der Wahrheit scheuen; noch mächtiger wird furchtlos ringen müssen für das, was er Gott heißt, für das, was er als Gott empfindet. Aber immer wird eine Kraft, ein inneres Wissen den Kampfeswillen wecken und beleben.

So wie um die Pfingstzeit nichts das Leben in der sichtbaren Natur zurückhalten kann, so kann auch nichts das unsichtbare geistige Leben unterdrücken. Der Pfingstgeist wird hegen, unter Kämpfen siegen. Die Greuel der Christenverfolgung haben die Christusidee der Liebe nicht unterdrücken können. Und die ebenso großen Greuel der christlichen Fanatiker, die später in Selbstüberhebung und Machtgier die große, freie Lehre in Zwang und Form pressen wollten, konnten auch den Christusgedanken nicht töten. Aller Widerstand und aller Kampf hat den Geist der Menschenliebe nur stets neu gestärkt, neu gesäubert von Menschenneid, neu befreit von Bestrebungen, die nicht dem wahren Menschentum dienen, wenn es auch so hingestellt und geglaubt wurde.

Die Kraft einer Idee, die aus der Weltvernunft, dem Naturvollen, die aus dem Göttlichen entspringt, ist unüberwindlich, unsterblich. Der Kampf um Wahrheit, Freiheit und Recht muß sein. Schrittweise kommen wir doch dem hellen Licht der Erkenntnis näher. Schrittweise bringt doch immer mehr Gerechtigkeit in unser Leben ein. Wer das bestreitet, will nicht sehen, was ehemals war und was jetzt ist, wer das bestreitet, hat keinen Pfingstglauben.

Stets wird menschliche Beschränktheit neuen, aus der Tiefe schöpfenden Ideen feindlich gegenüberstehen. Stets wird der Fortschritt, den solche Ideen bringen sollen, erkämpft werden müssen. Wer nach Zielen strebt, die im Gerechten, Wahrsichtigen, im Freiwilligen liegen, muß selbstloser, opferwillig, stark sein, wenn er die Widerstände überwinden will, die sich ihm auf Schritt und Tritt in den Weg stellen. Gerade ihre Weisesten und Besten hat die Menschheit von jeher nicht verstanden. Sie sind verfolgt, gequält, verdammt und oft getötet, auf schimpfliche Art gelötet worden. Wer seiner Zeit im Erkennen und Wollen voraus ist, wird leicht zum Märtyrer. Ihm stellen sich Blindheit und Bosheit feindlich in den Weg. Es ist auch heute nicht anders, als es früher war, als es auch zu jener Zeit war, als sich die Erkenntnis durchsetzen wollte, daß die dienende, helfende, vorwärtsführende Kraft der Liebe auf das Leben der Menschheit einwirken müsse. Gerade dort widersteht man sich am stärksten der Entwicklung, dem Aufstieg und Besswerden der Menschheit und der Vervollkommenung, Verschönerung und Bereicherung ihrer Lebensverhältnisse, wo man dazu heizen und beschleunigt ist, vorwärts zu führen. Vielleicht äußert sich der Widerstand gegen Fortschritt und Aufklärung heute weniger roh als vor Jahrhunderten. Er ist dann jedoch nicht weniger zäh und verhängnisvoll und nicht weniger häßlich für den, der klarer sieht.

Es ist unsere Aufgabe, Pfingstbelle zu schaffen, wo wir es nur können, aufzuparken, sobald wir sehen, daß Kurzsichtigkeit und Begierlichkeit oder auch Selbsthohn und Herrschsucht zu

Irctum oder Unrecht drängen. Das Pfingstgebot, sich in den Dienst der Wahreitsuche zu stellen, ist vor allem an die ergangen, die von der gütigen Natur mit Gaben reicher bedacht wurden als andere. „Wem viel gegeben wird, von dem wird auch viel gefordert werden!“

Pfingstgeist ist Kampfesgeist! Nie wurden Rechte und Freiheiten ohne Kampf errungen. Suchen, Finden, Erkennen, Sinn und Wesen der Dinge aufhellen, arbeiten, ringen, streiten für das, was notwendig und gut ist — das ist Führeraufgabe. Führer sind Bahnbrecher und Kämpfer für die Vielen. Glücklich die Gemeinschaft, die gute Führer hat, Führer, in denen heller Pfingstgeist und starkes Vorwärtswollen glüht!

Es sollte nichts unversucht bleiben, um die Tüchtigen aus der Masse herauszufinden und an den Platz zu bringen, wo sie die Gaben, die ihnen ein gütiges Geschick gab, voll für das Allgemeinwohl ausnützen können. Aber leider versagen gerade in dieser Beziehung unsere deutschen Einrichtungen, Gewohnheiten und Lebensanschauungen. Wir sind innerlich noch zu wenig staatsbürgerlich frei und selbstbewußt im Empfinden und Wollen. Der Kasten- und Klassengeist, Herkommen und Vorurteil stehen dem freien Wachsen der Menschen und der wirtschaftlichen Verhältnisse oft hindernd im Wege. Darum fehlen uns vielerwärts die wirklich begabten Führer.

Wir sind nicht frei und unbefangen genug, die Begabten für Führerstellungen da zu suchen, wo sie zu finden sind. Wir stellen oft das Unbedeutende über das Wichtige; Nebenächlichkeiten machen manchem Tüchtigen das Fortkommen unmöglich. Vielleicht fürchtet man sich auch davor, daß Starke sich nicht willig dem Alten und dem oft Fehlerhaften anpassen. Es herrschen bei uns zu sehr Form und Schema und der Buchstabe ist noch oft allmächtig. Wahre Führer waren aber immer der Mittelmäßigkeit unbedarft und unerschrocken den Zielen.

Noch viel zu wenig ist die Masse demgeachtet und willensstark, zu wenig geistig selbständig, zu wenig innerlich frei. Vielzuvielen meinen noch, das Alltägliche und Allgemöhliche sei auch das Richtige und der, der die Dinge anders sieht und darstellt, sei im Irctum. Vielzuvielen fürchten noch ein gründliches Aufräumen und ein zielstrebendes Neubauen. Sie lieben das tastende, unsichere Fortwärtsein, wie es der Mittelmäßigkeit in Führerstellung eigen ist. Das ist, worunter wir hauptsächlich leiden, was seine Zukunft gefährdet. Es fehlt an hellem, drängendem, furchtlosem Pfingstgeist.

Es muß tatkräftig auf der demokratischen Entwicklungslinie weitergeschritten werden, auf der wir uns jetzt befinden, von der es ein Wiederabwärtigen nicht geben kann. Wir müssen eben in jeder Hinsicht wahrhaft demokratisch werden, freiheitsliebend und kritisch, offen und fortschrittlich. Wir müssen alles mit Stumpf und Stiel austrotten, was auf Verdunkelung, Zurücksetzung, Unterdrückung, Ausnutzung hinarbeitet, was dem Gemeinheitsgedanken gefährlich ist. Der Leitgedanke: „Alles durch das Volk — alles für das Volk!“ muß immer mehr entwicklungsfröhlicher Pfingstgedanke werden. Dafür müssen wir wirken, aufklären, arbeiten, streiten, an seinem Platze. Es fällt niemandem und auch keiner Gemeinschaft etwas mühselos und kampflös in den Schoß. Pfingstgeist ist freudiger, bahnbrechender, liebtzringender Kampfesgeist.

arbeiten haben es die Eltern in mancher Beziehung in der Hand, sie zu fördern und vor Überanstrengung zu bewahren.

Wann soll das Kind daheim seine Arbeiten erledigen? Häufig geschieht es bald nach der Schulzeit oder im Anschluß ans eben eingenommene Essen. Das ist nicht zu empfehlen. Das Kind kommt erschöpft oder eigentlich verbraucht nach Hause und kann daher nicht gleich ordentlich arbeiten. Es braucht erst eine gewisse Erholung, eine Entspannung der angestrengten Nerven. Ebenjowenig sind die letzten Abendstunden die rechte Zeit; denn auch dann sind in der Regel die Kräfte schon allzu sehr geschwächt, auch der Körper ist übermüdet, das Schlafbedürfnis stellt sich dann nicht selten ein. Dauern dann die Arbeiten gar länger, als angenommen wurde, so gerät das Kind und nicht selten die Eltern mit in Aufregung, die Arbeiten werden vielleicht flüchtig erledigt, sie geraten nicht recht, und der Ärger in der Familie ist da. Am besten werden sich demnach die Nachmittagsstunden eignen, wenn möglichst noch das Tageslicht den Raum erhellt. Sollten die Arbeiten eine längere Zeit in Anspruch nehmen, so wird es sich empfehlen, sie erst mal durch eine Pause zu unterbrechen, um den ermüdeten Kräften wieder Erholung zu gönnen. Im übrigen aber sollte darauf gehalten werden, daß sich der junge Mensch daran gewöhnt, seine Arbeiten ernstlich und hintereinander zu erledigen. Es gibt Schüler und Eltern, die da klagen, daß die Schulaufgaben den ganzen Nachmittag und Abend beanspruchen. Nun kommt es natürlich viel auf die Eigenart der Kinder an; ein sehr langsamer Mensch braucht natürlich eine längere Zeit; aber nicht selten ist es doch so, daß Kinder herumtödeln, allerlei Dinge dazwischen treiben, immer wieder von der Arbeit weglassen und dann natürlich in kurzer Zeit das Pensum nicht beenden können. Wichtig ist auch der Ort, wo die Schularbeiten erledigt werden. Er muß



der hellste Platz in der Wohnung sein und das Licht muß ihn von links treffen. Die Sitzgelegenheit muß so sein, daß eine natürliche Haltung beim Arbeiten ermöglicht ist. Die Eltern werden gut tun, auf diese Punkte immer wieder ihr besonderes Augenmerk zu richten und die Kinder durch Belehrung wie Überwachung zu einer gesunde Haltung zu gewöhnen. Zu feiner Arbeit bedarf das Kind möglicste Ruhe, besonders wenn es sich um rein geistige Tätigkeit handelt. Das Kind kann nichts ordentliches leisten, wenn die Erwachsenen sich währenddessen laut unterhalten, wenn die anderen Geschwister vielleicht irgendwelchen spielen oder sich herumtummeln oder wenn vielleicht irgendein Instrument ertönt. Alles das lenkt die Aufmerksamkeit des Kindes unbedingt ab, macht nervös und führt zu minderwertigen Leistungen. Um die besten Arbeiten zu erzielen, wird es überhaupt bei vielen Kindern — von Ausnahmen abgesehen — nötig sein, die Arbeitsweise und die fertige Leistung sich zeigen zu lassen. Häufig werden ja die Eltern instande sein, das Ergebnis zu beurteilen; soviel werden sie aber doch immer merken, ob das Kind sorgsam, ordentlich, gründlich arbeitet oder nicht, ob es ferner mit Freude und Eifer oder mit Widerwillen ans Werk geht, und je nach der Tatsache wird es ihre Pflicht sein, erzieherisch zum Guten einzuwirken, nicht immer gleich mit Strenge und in nervöser Aufregung, sondern möglichst mit Ruhe, mit Belehrung und Vorbild.

Die Schule sollte sich vor einem Übermaß von Aufgaben hüten — und es mag in dieser Beziehung wohl noch manchmal gefehlt werden — aber auch die Eltern mögen sich vor diesem Fehler hüten. Es ist gewiß angebracht, eine flüchtige Arbeit noch einmal machen zu lassen, aber mit den Aufgaben der Schule mag es im allgemeinen auch genug sein. Das Kind braucht einen Teil des Tages zu seiner Erholung. Das bezieht sich besonders auch auf die Ferien. Hat es sonst seine Pflicht erfüllt, so ist ihm die Freizeit durchaus zu gönnen. Es wird dann auch ohne besondere Ferienaufgaben in der Schule mit fortkommen. Sichert es dagegen mit den Schulleistungen, so muß man den besonderen Gründen nachgeben und es während der Schulzeit zur Pflichterfüllung anhalten. (Aus der „Gesundheit“, der Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes.)

Trost

— „Freilich, 'n Riesenrindvieh ist der Junge geblieben, trotzdem ist 'n so lange studieren lich — aber er hat sich wenigstens 'ne höhere Bildung angeeignet!“
(Reggenborfer Blätter.)

Häusliche Schularbeiten

VON P. HOCHÉ

Es gelten noch immer als eine Notwendigkeit; die Schule weiß, sie nicht entbehren zu können, wenn die hohen an sie gestellten Forderungen erfüllt werden sollen. Nun ist gewiß nicht zu leugnen, daß gerade diese Arbeiten in manchen Familien Unannehmlichkeiten, Aufregung und Verdruß hervorzurufen. Da wird über die Fülle der Aufgaben geklagt, die das Kind kaum zur Ruhe kommen lassen; da wird das Kind bei der Lösung nicht recht begreifend, es läuft zu den Eltern, und auch diese wissen nicht immer Rat; da will der Schüler überhaupt nicht recht an die Arbeit heran, und er muß daheim danach überdacht werden; da weidet sich trotzdem die Schule und stellt Schritte und ungeliebte Leistungen fest, so daß manche Eltern eben nur mit Seufzern an dieses unangenehme Kapitel denken können.

Es soll aber doch nicht verkannt werden, daß in den Schularbeiten wie überhaupt in jeder Arbeit reiche erzieherische Werte liegen. Denn der junge Mensch zur charakteristischen Persönlichkeit erlangen werden soll, so sind die häuslichen Arbeiten ein gutes Mittel dazu. Es ist zunächst vorteilhaft, daß sie für das Kind gewisse Tagespflichten ausmachen, an die es sich gewöhnen, die es sorgsam zu erledigen lernen soll. An diesen täglichen Arbeiten werden sich die allgernein menschlichen Tugenden herausbilden, die einmal jeder Mensch im Leben braucht und die nicht selten mehr vorwärtsbringen als gute Begabung, nämlich Eifer, Ge-

wissenhaftigkeit, Sorgfalt, Ordnungsliebe, Pünktlichkeit, Gründlichkeit, Freude an dem gut gemachten Werk, an der eigenen Leistung. Die häuslichen Arbeiten unterscheiden sich doch noch immer wesentlich von der Beschäftigung im Unterricht selber. In Hause steht das Kind in der Regel allein für sich da, es wird nicht vom Wort des Lehrers geleitet, nicht von seinem Auge überwacht; es muß vielmehr selbst seinen Mann stehen und gewohnt sein damit an eine gewisse Selbstständigkeit in der Arbeit. Für die Eltern aber besteht der Vorzug, daß sie ein Mittel besitzen, den Gang der Schularbeit mit zu verfolgen, auf dem laufenden zu bleiben und vor allen Dingen ziemlich untrüglich wahrzunehmen, welcher Art das besondere Wesen des Kindes ist und wie es in der Schule mit fortkommt.

Die Schule selbst ist der Gesundheit des Kindes näher nicht förderlich, und die Schularbeiten tun in der Beziehung noch ein übriges. Denn sie strengen doch eben in der Art der Schule noch weiter an, verbrauchten die jugendlichen Kräfte in der gleichen Richtung. Wir kennen den Begriff Schularbeitszeiten, der besonders Kopfschmerz, Kopfschlag, Kurzsichtigkeit, Rückenverkrümmung in sich schließt. Wollen wir ein gesundes Geschlecht hervorzuziehen, so muß die jugendliche Schulgesundheitspflege getrieben werden, so muß aber auch das Haus den schädlichen Einwirkungen der Schule entgegenwirken. Auch bei den Schul-

Kämpfer und Mensch

Im gesunden, unverdorbenen Menschen lebt eine starke, lebendige Energie. Etwas Großartiges liegt da in ihm. Etwas vom Schöpfer, vom Weltgestalter. Wie anders hätte der Mensch die Welt zu dieser Höhe der Entwicklung hinaufgebracht?

Es gehört zum Wesen des Menschen, die Welt nicht so zu nehmen, wie sie einmal ist. Wodurch sich der Mensch vor der andern lebendigen Welt unterscheidet, das ist, so sagte schon Schiller, sein Wille. Der Mensch will. Der Mensch muß wollen, wenn er ganz Mensch sein soll.

Wollen! Doch was? Nur die Befriedigung des Tages? Das wäre nichts wesentlich Menschliches. Er muß darüber hinaus noch wollen zu größerem Ziele. Revolutionären Formungswillen muß er in sich tragen. Aus der Tiefe muß er herausheben wollen zum Licht. Aus dem Heute zum Morgen. Anstrengen muß sich der Mensch. Die Brust muß er recken, die Faust ballen und mit gepreßter Lippen wollen. Dem Heute zum Trost etwas Neues wollen. Die Geschichte geht nicht vorwärts zu großen Zielen ohne uns.

Mit dem Erkennen der wirtschaftlichen Zusammenhänge und der sozialen Not und Aufgaben allein ist es darum nicht getan. Zu diesem Erkennen muß sich das feurige Wollen gesellen, das da herausglüht aus dem Erleben des Menschen im Menschen, die ewige Unrast, das ewige Chaos einer bebenden Seele, die da zu harmonischen Linien des Lebens drängt, die „Aufwühlbarkeit des Gemütsgrundes“, wie es der bekannte große moderne Pädagoge Herchersteiner einmal so schön für die Erziehung des Menschen verlangt hat.

Es ist wahr, daß nur revolutionäre Menschen die Geschichte gestalten, aber revolutionäre Gesinnung kommt nicht in lauten Worten oder brutalen Taten zum Ausdruck. Aus der Tiefe des Menschen wühlen der Ernst und die Ehrfurcht vor der Größe des Schaffens. Im Weltgestalter werden die stürmenden inneren Kräfte zusammengehalten zu einer Kraft. Und die ist heilig. Sie wird nicht verpufft. Sie bleibt, und sie wird gehütet wie eine heilige Flamme, zu schlagen und zehrend zu brennen, wenn der geschichtliche Augenblick es erheißt.

Und immer wieder wühlt dann nach und herauf diese heilige Unrast der Tiefe. Da will es. Da muß es. Immer neu. Und immer neu legt der disziplinierte Mensch dann diesem inneren Wühlen und Brodeln eine Grenze. Und immer mehr wird der Mensch dann von diesen begrenzten, drängenden Kräften erfüllt, immer mehr erfüllt mit ihren revolutionären Energien. Er wächst nach innen, in die innere Kraft. In die innere Fülle des Willens. Er wächst als Mensch, als Persönlichkeit, als Kämpfer.

Es ist eine ethische Aufgabe, kämpfendes Glied eines kämpfenden Verbandes zu sein. Es ist Menschheitsdienst. Als Kämpfer wachsen heißt, die lebendigen Energien des Menschen zu hüten und zusammenzufassen zu einem großen und schönen menschlichen Ziele.

Es ist eine Erziehungsaufgabe, Mensch zu sein, und der echte, geschlossene Kämpfer sieht diesem neuen Menschen, wie er werden wird, am nächsten. Er ahnt seine Feier. Er spürt die ganze neue Größe innerer lebendiger Kraft. Und je mehr er seinen durchbelebten Willen entläßt in die heilige Solidarität eines kämpferischen, zukunfts-glaubenden Bundes, um so mehr reißt er hinein in die Liebe, in die allein der revolutionäre neue Mensch die ewige Unrast seiner chaotischen Seele formt zu Bildung und Sinn und Ziel und zur Freiheit seiner selber.

Dr. Gustav Hoffmann.

Arbeitslos

Teilweise Betriebsstilllegung. — Entlassung! Wie eine Bombe platzt das unter die Kollegenschaft. Im Hirn summt es nach: Betriebsstilllegung. — Entlassung! Verschwinden sind die Gedanken, die dich vorher bewegten. Ausgeschicht. Du denkst nicht mehr an dein Mädel, du freust dich nicht mehr auf deine Freizeitbeschäftigung, die Lust zum Arbeiten ist geschwunden, ans nächste Fest oder Vergnügen denkst du nicht mehr und hastest du einen längeren Gedanken, so denkst du ihn nicht zu Ende.

Nur eines bewegt dich. Entlassung. Und jeder denkt nur: „Bist du diesmal auch dabei?“ Verstoßen schauen sie die Reichen entlassend. „Der davon nicht gehen müssen?“ Vermutungen stellt man an. „Die Jungen müssen zuerst dran glauben“, sagt einer. Und wieder schaut du die Reichen entlassend und stellst fest: „verheiratet — ledig — verheiratet — verheiratet — verheiratet — ledig“. Nach dich gefast. „Den Jungen fällt es am leichtesten, die haben nichts zu besorgen, wohnen bei Müttern.“ Stimmt, stimmt ganz genau — in wirtschaftlicher Hinsicht. Doch welchem arbeitsamen, sparsamen, strebenden Menschen fällt es leicht, arbeitslos zu sein? Niemandem. Ganz gleich ob jung oder alt. Und doch mußt du es selbst ausgehen, daß es für den Verheirateten wichtiger ist, Arbeit zu haben.

„Sagt uns endlich, wer alles entlassen wird“, sagt man zum Betriebsrat. „Endlich Betriebsberatung. Alle sind sie diesmal da, nicht einer fehlt. Sie warten, bis die Liste verlesen wird. Jeder ist diesmal drauf gefast, soll doch ein Drittel der Belegschaft entlassen werden. Und doch erschrickt jeder, dessen Name verlesen wird. Am leichtesten ist es denen, die am Anfang der Liste stehen. Die andern haben schon eine leise Hoffnung und wie ein Schlag trifft es sie, wenn sie ihren Namen hören.“

Ein paar Tage geht du noch hin und es kommt dir gar nicht so vor, als ob du gehen müßtest. Gewiß macht man sich noch immer Gedanken, was nachher werden soll, aber lassen läßt du den Tag an dich herankommen. Und deine glücklicheren Kollegen machen dir vielerlei Vorschläge, die sicherlich alle gut gemeint sind. „Versuche bei der Post, Wagn oder Gemeinde anzukommen“, sagt man dir und weißt darauf hin, daß solch Straßenfeger doch wirklich nichts ausmacht und später noch seine Pension bekommt.

Der Entlassungstag kommt heran und in dir steigt eine Arbeitslosigkeit auf, so als ob du auf lange Zeit von deinen besten Freunden und der Liebsten fortgehen müßt. Kurz vor Feierabend hast du deine Papiere in der Hand, drückst jedem noch mal die Hand und gehst.

Arbeitslos. — Des Arbeiters Los.

Nach Hause kommst du, wie immer am Geldtag, legst dein Kopfkissen hin. Doch jedesmal, wenn du in die Tasche greiffst, küßt du eine Briefumschlag. Deine Papiere sind darin. Die Invalidentaxe, die Steuerkarte, der Lohnausgang für den Unterhaltungsbeitrag, die Arbeitsbescheinigung, auf der du nachlesen kannst, daß du 1, 2 oder 3 Jahre und mehr bei der Firma beschäftigt warst, und Zeugnis, auf dem icere Worte geschrieben stehen, nichts als leere Worte, daß man mit dir stets zufrieden war und du alle Arbeiten zur Zufriedenheit ausgeführt hast und wegen Arbeitsmangel entlassen bist.

Und Mutter zieht ein Gesicht und jammert. Vater macht dir vielerlei Vorschläge, was du alles versuchen sollst, um neue Arbeit zu bekommen, und die Freunde machen Witze von der Stempelkarte, bei der du jetzt angestellt wirst. Du lächelst und lächelt zu all dem, denn den Kopf willst du ja immer noch oben behalten.

Am andern Morgen, wenn die andern arbeiten gehen, räsest du dich im Bett, spät stehst du auf und machst dich auf zum Arbeitsnachweis.

Ein geschäftiges Leben ist auf den Straßen, wie du es kaum gewöhnt, wenn du immer im geschlossenen Betrieb gearbeitet hast und in aller Frühe von Hause fortgehen müßtest. Das Gepin eines Autos, das Klingeln einer Straßenbahn, das Rauchen eines Zuges, alles klingt dir heute so ganz anders. Aus der Fabrik, an der du vorbeigehst, hörst du das Summen und Surren der Maschinen und es klingt dir wie ferne Musik. Sineingehen müßtest du vielleicht, deine Augen an den Rädern, Sebeln und Transmissionen zu weiden. Aber das Betreten des Fabrikgeländes ist Unbefugten nicht gestattet. Ein Ausgestoßener bist du.

Zum Arbeitsnachweis gehst dein Weg und wenn du nicht weißt, wo er ist, so brauchst du nur den vielen Männern nachzugehen, die die Straße hinunterwandern und in einem großen Haus verschwinden. Da geht auch du hinein. Männer stehen und sitzen da und reden viel, passen ihren Rauch in die Luft, junge Vurschen lachen und scherzen. An einen Schalter trittst du und nach vielen Fragen und Antworten stellt man dir eine Karte aus, stempelst den ersten Tag und dann darfst du jeden zweiten oder dritten Tag wiederkommen, nicht etwa, daß man dir Arbeit gebe, sondern um einen neuen Stempel einzudrücken.

Nun führst dein Weg zum Arbeitsamt, um einen Unterhaltungsantrag zu stellen. Wieder fragt man dich vielerlei, schickt dich vielleicht sogar noch mal zu deiner letzten Arbeitsstelle, weil deine Papiere nicht ordnungsgemäß ausgestellt sind. Froh bist du, wenn auch das erledigt ist.

In 14 Tagen darfst du wiederkommen, um dein erstes Geld zu holen. In langer Reihe mußt du dich anstellen, und wenn du an der Reihe bist, stellt man vielleicht fest, daß deine Bahlliste noch nicht da ist. Man schickt dich in ein anderes Zimmer, bestellt dich auf einen andern Tag und wenn du dann wiederkommst, dann bestellt man dich wieder auf einen andern Tag oder andere Zeit. Ärgerlich gehst du nach Hause, und brummelt man dir gar die Ohren voll, so wirst du nervös, und wenn du wieder zum Amt kommst, gibst du vielleicht gar patige Antworten. Endlich hast du dein bißchen Geld und bist gleich wieder freundlicher. Die vielen schimpfenden und fluchenden Männer, die da immer um dich herumstehen, hast du mit der Zeit verstehen gelernt. Das Ansehen, das Worten auf den Stempel, auf das Geld macht sie nervös. Ansehen, anstehen, warten, warten — auf den Stempel, auf das bißchen Geld — auf Arbeit — das ist — Arbeitlos.

Karl Birnbaum.

Trochtige Faust...

**Trochtige Faust und trochtige Stirne
Und ein heißes Herz, von Sehnsucht entfaßt,
Streben empor in blaue Ferne,
Streben zur Sonne, zu bannen die Nacht!**

**Trochtige Faust und trochtige Stirne
Und ein heißes Herz — vor diese drei
Sege das kühl überlegende Hirn,
Dann erst werden die Menschen frei!**

**Kraft und Mut und der Liebe Macht
Sind mächtige Hebel, zu enden die Not,
Doch erst das Hirn, das da grübelt und wacht,
Zeigt Richtung und Ziel in das Morgenrot!**

Zaef

Sonzen

In der heutigen Zeit der fortschreitenden Technik, der raffiniertesten Rationalisierung tritt der persönliche Mensch immer mehr in den Hintergrund des Geschehens. Alles, was noch vor Jahren Bedeutung hatte, sinkt herab zum Massenmensch und geht in dem Alltag unter. Das Nervöse unserer Zeit, der Ausdruck des Kampfes ums Dasein, die Nützlichkeitstheorie allen Gliedern der menschlichen Gesellschaft gegenüber, die im Daseinskampf angewandt wird, bringt die Entseelung der Massen mit sich. So ist es kein Wunder, daß heute das Schlagwort vorherrschend ist. Es wird gedanklos etwas nachgesprochen, weil man nie Zeit hat, darüber nachzudenken, ob das Gesprochene auch den Tatsachen entspricht. Auch in dieser Beziehung sinkt die Einzelperson zum Massenmenschen herab; denn sie schaltet ganz unbewußt das eigene Denken aus.

Wenn wir als Arbeiter eine neue Kultur schaffen wollen, so muß diese Kultur höhere Werte in sich bergen als die heute bestehende. Aber wie weit sich ein Teil der Arbeiterschaft von diesem Ziele entfernt und wie sich selbst vom Schlagwort beherrschen läßt, erfahren wir tagtäglich, nicht nur im Umgang mit diesen Leuten, sondern auch in einem großen Teil der Lektüre, die sich geistige Kost der Arbeiterschaft nennt. Und hier sei nur auf eins der vielen Schlagworte hingewiesen, nämlich auf das Wort „Sonze“. Das Wort wird oft so sinn- und gedankenlos ausgesprochen oder geflüstert, daß es sehr bezeichnend für diejenigen ist, die damit etwas Verächtliches zum Ausdruck bringen wollen. Daß sie sich damit ein geistiges Armutzeugnis ausstellen, kommt ihnen kaum zum Bewußtsein; denn in den meisten Fällen wird es nur gesagt, um ein System zu verurteilen oder irgendeinem Menschen herabzusetzen. Mit dieser Herabsetzung löst man aber keine Probleme und es kommt oft genug vor, daß sich hinter diesem Schlagwort die ganze geistige Armut von Menschen verbirgt, die von den großen Zielen, die sich die Arbeiterschaft gesetzt hat, kaum die geringste Ahnung haben. Es war früher eine beliebte Taktik der Unternehmer und Gewerksvereine, die Arbeiterschaft dadurch zu verunsichern, daß sie die Massen gegen ihre Führer aufbeisten, indem sie die Führer berüchtlich machten. Dieses System haben sich heute Leute zu eigen gemacht, die unter dem Namen „Klassenkampf“ dasselbe tun, was früher die Gelben ohne Erfolg getan haben.

Es ist also die Methode geblieben, nur die „Firma“ hat sich geändert. Leider ist die Auswirkung heute aber eine andere. Wenn in früherer Zeit die Angriffe der Unternehmer gegen die Arbeiterführer wirkungslos blieben, so sind heute die Auswirkungen infolge des Firmenwechsels andere geworden, und nur zu leicht läßt sich die Jugend durch das Schlagwortartige beeinflussen. Es wäre töricht, damit jede Kritik zu unterbinden. Eine Kritik ist für das Fortwärtstreiben der Bewegung notwendig und jede Bewegung, die keine Kritik beträgt, kann nicht als Arbeiterbewegung angesprochen werden. Aber das, was heute getan wird, hat mit einer sachlichen Kritik nichts zu tun, sondern kommt nur einem Herrscherreigen einzelner Personen gleich.

Tagtäglich hört und liest man, daß die Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitalismus nur noch nicht erfolgt ist, weil sich die jetzigen Führer dagegen sträuben. Wie leichtfertig doch diese Reden sind, dürfte bei etlichem Nachdenken auch denen zum Bewußtsein kommen, die solche Vermutungen aussprechen. Nach dieser Theorie wäre dann derjenige, der jahrelang in der Arbeiterbewegung tätig ist und der durch das Vertrauen der Kollegen dann eine Stellung bekommt, in dem Moment des Antritts seiner Stellung ein Arbeiterführer.

Nun wirft sich die Frage auf: „Was sind Arbeiterführer?“ Diejenigen, die in praktischer Arbeit und Erkenntnis der tatsächlichen Machtverhältnisse für die Arbeiterbewegung ihr Bestes hergeben, aber diejenigen, die nach der Taktik der gelben Gewerksvereine und Unternehmer unter irgendeinem Schlagwort die Arbeiterführer verleumdern? Die Antwort auf diese Frage müssen wir dem Leser selbst überlassen.

Unsere Aufgabe muß es sein, nicht die Schlagworte sinnlos nachzureden, sondern über die Vorurteile in der Arbeiterbewegung nachzudenken und den Versuch zu unternehmen, selbst ein Werturteil zu bilden. Wer dazu in der Lage ist, steht über den Dingen, und wer es nicht kann, sinkt zu den Durchschnittsmenschen herab, die sich von jedem Schlagwort verblüffen lassen und nicht in der Lage sind, den Begriff Arbeiterbewegung klar vom spießbürgerlichen Phrasentum zu trennen.

Der Bettler

Kürzlich brachten wir einen Artikel, der obige Überschrift trug und in dem die Qual jener Armen geschildert war, die sich vor den Türen müßiger Menschen das zum Leben notwendige zusammenholen müssen. Zu diesem Kapitel schickt uns ein Verbandskollege folgenden Artikel, der auf Erfahrungen und Tatsachen beruht. Doch müssen wir uns auch in solchen Fällen vor Verallgemeinerungen hüten.

Voll und ganz fühle ich mit den armen Teufeln. Fragen wir uns jedoch, warum ein in Not geratener, zum Betteln gezwungener Familienvater Ausdrücke wie Faulenzerpaß, Tagelöhner oder dergleichen vor fremden Türen entgegennehmen muß. Daran sind vor allem die Berufsbedürfnisse schuld. Als Beweis will ich einige Beispiele anführen. Sie sind gewiß nicht geeignet, den Hausbettel zu fördern, aber vielleicht veranlassen sie unsere Kollegen, ihre fester verdienten Pfennige mehr bei wirklich Bedürftigen anzubringen.

Es ist Sonntagmorgen. Jede fünf Minuten klingelt es. Nach dem Grund des Läutens gefragt, erklärt meine Frau: „Das war nun schon der fünfte Bettler in kurzer Zeit. Dies hätte mich weniger aufgeregt, aber der letzte schaute zuerst die ihm gegebenen 5 S., dann mich an, um anschließend etwas Unverständliches zu murmeln, was nichts anderes als Unzufriedenheit um Ausdruck bringen sollte.“ Den nächsten empfing ich selbst. Nach seinem Begehrt, sammelte der etwa 25jährige einige Worte von wegen „Durchreise“. Es entwickelte sich zwischen uns beiden folgendes Gespräch:

Er: Schloffer.
Ich: Na, dann sind wir ja Kollegen. Wo hast du denn dein Verbandsbuch?
Er (errötend): Zu Hause gelassen.
Ich: Hältst du mich wirklich für so dumm?
Er (ganz verlegen, sich zum Gehen wendend): Entschuldigen Sie, danke schön, danke schön, entschuldigen Sie, damit verschwand er.

Vor einiger Zeit hatte ich in A. eine Montage auszuführen. Als Hilfskraft wurde mir ein Kupferhändler zugeleitet. Der wohnte in der Herberge und blieb auch, als er später von der Firma entlassen wurde. Dieser Kollege sah abends in der Herberge, las die Zeitung und findet eine Annonce, wonach zwei jüngere Schloffer gesucht werden. Er meinte es gut, geht zu den zwei 23jährigen, die schon länger arbeitslos in der Herberge aufliegen, und zeigt ihnen das Inserat. Da kommt er schleicht an. Die beiden sind nicht gewillt, zu arbeiten. Einer gab sogar als Antwort: „Schaff doch dir, du Simpel; wir tun überhaupt nichts mehr. Wir gehen alle Tage drei Stunden fechten, das langt uns.“

Dort wohnte auch einer, der nur „Herr“ genannt wurde. Morgens nahm seine Toilette annähernd 1 1/2 Stunden in Anspruch. Der hatte sich eines Abends toll und voll getrunken und dann gab er dem Herbergsbater die Antwort: „Ja, das ist nicht zu einfach, ich habe heute 25jähriges Jubiläum.“ Darauf die Frage, wo er denn arbeite. — „Na, halt von Haus zu Haus.“ Er socht mit Vorliebe Kleidungsstücke, die stets „verübert“ wurden.

Vor 1 1/2 Jahren sah ich abends mit zwei Kollegen in einer Wirtschaft, als ein Mann, geführt von einer Frau, hereinkam. Er trug eine schwarze Brille und ein Schild: „Total blind.“ In der Hand hielt er eine Zigarrenkiste, so oft er hörte, daß in die Kiste ein Geldstück fiel, sagte er danke. Wir beobachteten diesen armen Menschen und gaben unser Scherlein. Am andern Tage sagte ein Kollege zu uns: „Ich habe gestern abend noch einen Bekannten getroffen, ratet mal.“ Wir konnten uns an niemand erinnern. Und da erzählte er uns, wie er den total Erblindeten um 11 Uhr in derselben Straße — total betrunken ohne Begleitung auf dem Heimweg sah. Er war so voll gewesen, daß er ganz vergessen hatte, wenigstens sein „Firmenschildchen“ umzubringen.
Och, W., Stuttgart.

Badereisen für Unbemittelte

Die Zeiten, in denen lediglich die Angehörigen begüterter Schichten Badekuren, längerer Aufenthalt in Kurorten zu Heil- und Erholungszwecken durchführen konnten, sind wohl vorüber. Mehr und mehr greift auch auf diesem Gebiete der soziale Gedanke Platz, der darin gipfelt, daß unbedingt auch allen kurbedürftigen Unbemittelten die Heilfaktoren der Kurorte und Bäder zugute kommen müssen.

Der Weg zu diesem Ziele führt über die Versicherungs-tätigkeit, und es sind bisher schon ganz erfreuliche Strecken Wegs zurückgelegt worden. Trotzdem bleibt noch vieles zu tun. Ganz besonders die „Balneologische Gesellschaft“ — die wissenschaftliche Vereinigung für Badereisen — setzt sich für den Ausbau und die Förderung des sozialen Kur- und Badewesens ein; und auch auf der letzten, jüngst stattgefundenen großen Versammlung zu Berlin anlässlich des 50jährigen Bestehens der Gesellschaft sind gerade den Fragen des sozialen Kur- und Badewesens eine Reihe Vorträge gewidmet worden.

Es versteht sich von selbst, daß bei der Bewilligung von Kur- und die Gewißheit bestehen muß, daß der zu Versichende tatsächlich aus ärztlichen Gründen einer Badekur bedarf. Denn für Vergnügungszwecke ist das Geld der Versicherten wahrlich nicht da. Daher legen die verschiedenen Stellen denn auch den größten Wert auf die richtige Auswahl durch Nachprüfungen der Anträge und dergleichen Maßnahmen mehr. Ferner muß auch die Gewähr dafür bestehen, daß der Sozialversicherete die Kur im Bedeort richtig durchführt und alle Heilfaktoren der modernen Bademedizin zur Anwendung gelangen; beides, damit der Kranke so schnell wie möglich gesundet.

Für welche Krankheiten kommen nun derartige Kuren in Frage? Da sind in erster Linie die tuberkulösen Erkrankungen der Lungen, der Knochen und anderer Organe sowie Krankheiten des Kindesalters zu nennen. Gerade diese beiden Bereiche des sozialen Kur- und Badewesens erfreuen sich schon seit geraumer Zeit eines planmäßigen Ausbaus; auch die Kur- und Badebehandlung der rheumatischen Erkrankungen ist seit einiger Zeit in Angriff genommen worden. Dagegen sind bislang die Kuren für Herz-, Magen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten immer noch sehr im Hintergrund geblieben. Vor allem sind dabei die Diätkuren zu berücksichtigen, deren Durchführung — zu Hause oft unmöglich — überhaupt erst im Kurort, am Badepark unter Aufsicht besonders geschulter Ärzte und deren Hilfspersonal sachgemäß vorgenommen werden kann.

Es muß daher mit allen Mitteln danach gestrebt werden, daß auch diese Kranken viel häufiger als bisher mit Hilfe der Versicherungen ihre Heilung in Kur- und Bädern finden können. In die berechtigten Forderungen der Balneologischen Gesellschaft gehen noch weiter. Mehr als bisher sollen die Kurorte und Bäder der Krankenheilung dienen, die drohende Verschlimmerung bestehender Krankheitszustände verhüten helfen.

Es dürfte kein Zweifel darüber bestehen, daß ein Ausbau der „Kurfürsorge“ im Interesse der Volksgesundheit, unseres kostbarsten Gutes, liegt.
Dr. med. E. P. Osbach z.

Der Nagel zum Nagel

Saußherr zu einem Kunden, der Holz gerlemert hat: „Ich will Ihnen Ihre Bitte nach einem Schnapschen nicht abschlagen, aber das sage ich Ihnen, jeder Schnaps ist ein Nagel zu Ihrem Saug.“
„St recht, lieber Herr, aber wenn Sie schon dabei sind, dann schlagen Sie gleich noch einen rein!“



Verbandsleben



Eine seltsame Anerkennung

Aus Hamburg wird uns geschrieben:
Die Arbeitgeber-Zeitung bringt in ihrer Nr. 16 in der „sozialpolitischen Umschau“ einen Aufsatz unter der Überschrift: „Und bist du nicht wütend...“, dem der Untertitel: „Gewerkschaftliche Expropiation auf den hamburgischen Flussschiffswerften“ beigegeben ist. Es heißt da: „Die gewerkschaftliche Lohnpolitik war von jeher keine Machtspolitik.“ Gewiß eine für die Gewerkschaften beachtenswerte Feststellung. Der Fertigmacher der sozialpolitischen Umschau des Unternehmerrates unterläßt freilich, mitzutellen, daß die Unternehmerräte den Gewerkschaften mit der Machtpolitik immer vorausgegangen ist. Deswegen trifft er auch daneben, wenn er meint, daß überall bei den Lohnbewegungen das „Fautrecht“ der Arbeiterschaft eine gewichtige Rolle spiele und der Deutsche Metallarbeiter-Verband von diesem Recht einen umfangreichen Gebrauch mache.

Um bei dem Fautrecht zu bleiben, sei daran erinnert, daß die Gewerkschaften im Februar 1924 die Werftarbeiter rückwärts ausstießen, weil sie sich dem Diktate der Unternehmer, das die Arbeitszeit um eine Stunde täglich verlängerte, nicht fügten. Die Landbetriebe der Eisenindustrie Hamburgs liebten um dieselbe Zeit ein ähnliches Vorgehen. Und die Haltung der Eisenindustriellen in dem letzten Aufstand, die sie gegen einen verbindlichen Schiedsspruch und gegen die Staatsmacht einnahmen, hatte zweifellos mit dem, was die NS Fautrecht nennt, verflucht viel Ähnlichkeit.

Aber man muß sich einmal vor Augen halten, was die Schreiber der Arbeitgeber-Zeitung wieder einmal ungehalten macht. In der Lohnbewegung der hamburgischen Flussschiffswerften mußte der Schlichtungsausschuß in Tätigkeit treten, weil die Unternehmer den Forderungen der Arbeiter nicht entgegenkommen wollten. In der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß ist es der Unternehmervertreter gewesen, der den Vorschlag machte, die bestehenden Löhne vom 1. April 1929 an um 10 Pf. und vom 1. Januar 1930 an um weitere 5 Pf. die Stunde zu erhöhen. Diefem Vorschlag stimmten schließlich die Arbeitervertreter zu. Der Verein der Flussschiffswerften Deutschlands beliebt dann ein eigenartiges Verfahren. Anstatt dem Schlichtungsausschuß kurz und bündig zu erklären, ob er den Vorschlag annehme oder ablehne, ließ er durch seinen Vorsitzenden Hübler ein Schreiben an den Schlichtungsausschuß los, worin für die Flussschiffswerften erklärt wurde, daß die Arbeitgeber es vor sich selbst und ihren Auftraggebern nicht verantworten könnten, der Gegenseite einen Grund zu irgend einer Erhöhung zu geben, und daß sie infolgedessen lediglich einem Zwange unterliegen, der durch das Diktat der Gewerkschaft auf ihre „Kollage“ ausgeübt werde. Anders ausgedrückt: Wenn der Schlichtungsausschuß in Tätigkeit treten muß und in diesem der Unternehmervertreter einen Vorschlag macht, der von der Arbeiterseite angenommen wird, so ist das die — Ausübung einer Kollage der Unternehmer durch die Gewerkschaften. Die Sache wird noch schärfer dadurch, daß der Verantwortliche der sozialpolitischen Umschau der NS, Dr. jur. u. oec. v. Scheben, eine solche „Handlungsweise der Gewerkschaften“ als hart an den Tatbestand des § 263 des Strafgesetzbuches grenzend bezeichnet und sie deshalb besonders festzuhalten wünscht. Wo der verantwortliche Schriftleiter und sein Mitarbeiter wollen hier nach dem verbrauchten Dismantel-Muster die Gewerkschaften dem Staatsanwalt ausliefern, denn nach ihrer Meinung darf in keiner Verhandlung der Vertreter einer Gewerkschaft sagen, daß die Nichtbilligung einer Forderung Streikthätigkeit in den Betrieben mit sich bringen kann. Dergleichen umgekehrt zu sagen, scheint nur den Unternehmern zuzustehen.

Bezeichnend ist auch, daß in den Verhandlungen mit den Flussschiffswerften solche Äußerungen auf der Arbeiterseite nicht gefallen sind. Um so wertvoller ist das Ergebnis dieser Lohnbewegung, das ja auch von der NS auf die immer härter werdende Finanzkraft der Gewerkschaften und ihrer darauf basierenden Machtpolitik zurückgeführt wird.

Das Vorgehen der Firma Blohm & Böh, die Lehrlinge, die nicht mit den Streikforderern durch die und durch gingen, der Staatsanwaltschaft auszuliefern, scheint der Schriftleitung der Arbeitgeber-Zeitung vorzüglich zu sein für die Bekämpfung der Verhältnisse der freien Gewerkschaften.

In derselben Nummer der NS, gleichfalls unter der sozialpolitischen Umschau wird die Metallarbeiter-Zeitung vom 20. März 1929 kritisiert, weil sie ihren Lesern Rinde gibt für die Erziehung der Jugend zum Sozialismus durch Anknüpfung zwischen Vater und Kind. Die in der NS angezeigten Anknüpfungsgenstände genügen dem Verantwortlichen der sozialpolitischen Umschau der NS nicht, weswegen er wünscht, daß man auch noch die Hammelherde als Demonstrationsobjekt nehme. Mit der Forderung dieser Notiz ist genau so wie mit der Stofflieferung der Lohnbewegung auf den hamburgischen Flussschiffswerften bewiesen, daß es Leute gibt, die glauben, mit ihren Geschnapstafeln sich und andere besser zu können.

Ergebnisse der Verhandlungstätigkeit

Bezirk Bielefeld. Für die Metallindustrie Münsterland-Westfalen erfolgte ein Schiedsspruch in der Lohnfrage, der jedoch von beiden Seiten als entgegengekommenen Gründen abgelehnt wurde. Es kam dann eine Vereinbarung zustande, wonach der Spitzenlohn für gelernte Arbeiter über 23 Jahre um 8,3 und damit auf 77,3 und für Lehrlinge auf 79,3 erhöht wurde. Außerdem erhalten die reinen Jahresarbeiter einen Zuschlag von 8 vH gegen bisher 5 vH. Die Vereinbarung gilt bis 31. Dezember 1929. Die Arbeitszeit wurde dahin geregelt, daß jenseitig wöchentlich nur noch bis zu 5 Stunden Mehrarbeit zulässig ist. Eine darüber hinausgehende Arbeitszeit bedarf der Zustimmung des Betriebsrats.

Bezirk Dresden. In Leipzig wurde für die Bankkassen der hiesigen Reichsbank von 1,30 M auf 1,55 M erhöht. Der Aufwand für Bankkassen und Kassierer erhöht sich um 4 vH, die Auslastungsrate bei Kassieren mit Überarbeiten von 6,50 auf 6,75 M, was Überarbeiten von 2,50 auf 2,80 M. Das Abkommen gilt bis 1. April 1930. Für die Schenke wurde der Spitzenlohn von 1,20 auf 1,35 M erhöht in der gleichen Reihenfolge wie vorher.

Amidant. Der Mindestlohn der Feingehilfen wurde ab 1. Mai um 5,3, ab 1. Oktober um weitere 2,3 erhöht, so daß er jetzt 1,40 M, ab 1. Oktober 1,48 M beträgt. Das Abkommen läuft bis 31. Juli 1930.

Bezirk Erfurt. In Altenburg wurden für die Metallindustrie die Löhne für alle über 23 Jahre alten Arbeiter um 4,3 auf 82,3 erhöht. Die Arbeiter über 23 Jahre erhalten 3,3 Zulage, die Angehörigen der übrigen Altersklassen 2,3. Der Lohn für Arbeiterinnen beträgt 80 vH des Spitzenlohns der betreffenden Arbeitergruppe. Die Schlichtungsbewegung wird um 2,3 erhöht, so daß sie im ersten Schrittzug 10,3, im letzten 11,3 beträgt. Die Vereinbarung gilt bis 30. September 1929.

Bezirk Göttingen. Für die Metallarbeiter in Göttingen wurde durch Verhandlung eine Erhöhung der Löhne in den höchsten Altersklassen um 4,3, für die jüngeren Altersklassen um 2,3 erreicht. Die über 18 Jahre alten Arbeiterinnen erhalten 8,3 Zulage, die übrigen 2,3. Die Schlichtungsbewegung wird im ersten Schrittzug um 1,3, im zweiten Schrittzug um 2,3, im dritten Schrittzug um 3,3, im letzten und vierten Schrittzug um 4,3 erhöht. Der Spitzenlohn beträgt jetzt für über 23 Jahre alte Arbeiter 83,3. Die bisherigen Lohnzulagen von 6 bis 16,3 bleiben bestehen. Für angelernte Arbeiter beträgt der Spitzenlohn 77,3, für Hilfsarbeiter 73,3. Die Vereinbarung gilt bis 30. April 1930.

Bezirk Halle. Für die Metallarbeiter des Nordhara bezirks war ein Schiedsspruch mit 4,3 bis 5,3 Lohnhöhung erfolgt. Die beantragte Verbindlichklärung wurde nicht ausgesprochen, weil die Unternehmer den Schiedsspruch abgelehnt hatten. Darauf erfolgte Streikbeschluss der beteiligten Kollegen. Bevor es zum Streik kam, wurde ein neuer Schiedsspruch gefällt, in welchem der Spitzenlohn für Facharbeiter auf 80,3, für Angelernte auf 74,3, für Hilfsarbeiter auf 69,3 festgesetzt wurde. Die Angehörigen der jüngeren Altersklassen jeder Gruppe sowie die Lehrlinge erhalten eine Zulage von 1,4 bis 2,3. Das Abkommen gilt bis 31. März 1930.

Witterfeld. Es wurde eine Lohnhöhung von 4,3 erzielt, so daß der Spitzenlohn für Handwerker 82,3, für Angelernte 78,3, für Hilfsarbeiter 72,3 die Stunde beträgt. Arbeiterinnen bekommen 8,3 Zulage und damit einen Spitzenlohn von 58,3 die Stunde. Die Wertigkeitszulage von 1,3 die Stunde bleibt bestehen. Die Vereinbarung gilt bis 22. Februar 1930.

Sangerhausen. Es wurde eine Lohnhöhung von 4 bis 5,3 vereinbart. Der Spitzenlohn beträgt für Facharbeiter über 23 Jahre 84,3. Die besondere Zulage für Formner und Gießereiarbeiter wurde auf 7 und 8,3 erhöht; die Wertigkeitszulage für Lohnarbeiter beträgt 11,3. Die Vereinbarung gilt bis 1. März 1930.

Für die Arbeiter des Kupferschieferbergbaus und der Metallbetriebe in Mansfeld wurde durch Schiedsspruch eine Erhöhung der Löhne vom 1. März an um 7 vH, vom 1. April an um weitere 3 vH und vom 1. Mai an um weitere 2 vH erzielt, mithin insgesamt eine Erhöhung um 12 vH. Der Spitzenlohn für Handwerker im Alter von 21 Jahren und darüber beträgt demnach pro Schicht 6,20 bis 7,60 M.

Für die Arbeiter der Metallindustrie in Rönneburg wurde nach einem 14tägigen Streik bei der Firma Bed & Söhne der Lohn um 5,3 die Stunde erhöht. Ebenso erfolgte eine Verbesserung der Gießereizulage um 5,3. Für Facharbeiter über 23 Jahre beträgt der Stundenlohn 85,3, für Angelernte 80,3 und für Angelernte 75,3 die Stunde. Das Abkommen gilt bis 28. Februar 1930.

Bezirk Hamburg. Für die Handwerker der Dümmenindustrie in Hamburg wurde eine Lohnhöhung um 7,3 erlangt, vom 1. Februar 1930 an eine weitere um 2,4, so daß der Spitzenlohn für Handwerker jetzt 128,5, ab Februar 1930 aber 129,3 die Stunde beträgt.

Für die Kreuze Stormarn und Segeberg in Holtken kam mit der Klempnerinnung in Oldesloe ein neues Abkommen zustande, wonach die bisherigen Löhne in der Spitze ab 5. April um 7,3 auf 1,17 M, ab 1. Juli um weitere 3,3 auf 1,20 M die Stunde erhöht werden. Das Abkommen gilt bis 30. April 1930. U. u. d. Der Spitzenlohn der Klempner wurde ab 1. April um 7,3 auf 1,27 M und ab 1. Juli um 3,3 auf 1,30 M erhöht.

Bezirk Hannover. Für die Arbeiter der Solinger Hütte in Hilar wurde ein neues Lohnabkommen vereinbart mit durchschnittlich 6,3 Stundenlohnsteigerung, so daß der Spitzenlohn für Facharbeiter über 23 Jahre jetzt 73,3, für Facharbeiter in den Gießereien 80,3 beträgt. Desgleichen wurde eine Verbesserung der Ferien und des Gießereiallommens erreicht, Beschluß soll in zweifelsfällen mit 75 vH bezeugt werden.

Bezirk Steintal. Bei der Firma Van Langelsche Stahlwerke G. m. b. H. in Göttraw wurde durch Schiedsspruch, allerdings erst nach der Arbeitseinstellung der Belegschaft, der Lohn und die Arbeitszeit um 2,3 die Stunde erhöht. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 84,3 die Stunde.

Bezirk Stuttgart. Für die Belegschaften der Edelmetallindustrie in Schwäbisch-Gmünd wurde durch eine Vereinbarung der Lohn für die gelehrten Arbeiter um 3,3 erhöht, so daß er in Gmünd 78,3, in Stuttgart 83,3 die Stunde beträgt. Die Lehrlingsentschädigung wurde um 2 bis 4,3 aufbereichert. Die Vereinbarung gilt bis 31. Januar 1930.

Singen (Karlsruhe) Seckreis. Es wurde eine Vereinbarung erlangt, nach welcher ab 22. April die Tariflöhne der männlichen Arbeiter um 4,3, für Arbeiterinnen um 3,3 erhöht werden. Für männliche erwachsene Arbeiter über 21 Jahre beträgt mithin der Stundenlohn 81,3. Die dauernd in Teilzahl Arbeitenden, die den neuen Tariflohn nur bis zu 5 vH überschreiten, erhalten die Zulage von 4,3. Ist ein höherer Stundenlohn einschließlich der bisher gewährten Leistungszulagen von 5 bis 10 vH über den neuen Tariflohn vorhanden, beträgt die Zulage 8,3, bei 10 bis 18 vH Mehrerwerb 2,3 die Stunde. Für die angelernten und ungelernen Arbeiter ist diese besondere Zulage von 4,3 und herab bis zu 1,4 vH Mehrerwerb mit 2,3 bemessen. Für Arbeiterinnen von 1 bis 3,3.

Der Mindestlohn soll nach der neuen Lohnregelung bei 20 vH Mehrerwerb über den neuen Tariflohn der Arbeiter mindestens 97,3 für Gelehrte, 91,3 für Angelernte und 88,3 für Arbeiterinnen betragen. Die Vereinbarung gilt bis 31. März 1930.

Jubilare in Celle

Am 27. April hat die Ortsverwaltung in Celle zwei verdiente Verbandsfunktionäre, die 25 Jahre am Aufbau des Verbandes in Celle mitgewirkt haben, geehrt. Nach einigen musikalischen Darbietungen begrüßte Kollege Weis für die Ortsverwaltung die zahlreichen Kollegen und ihre Angehörigen, im besonderen die Jubilare, die Kollegen Kose und Fischer, wobei er hervorhob, daß beide selbst in den schwersten Zeiten mitgeholfen haben, das Verbandsleben durch alle Stürme hindurchzubringen. Bezirkssekretär Roman, Hannover, überbrachte den Jubilaren die Glückwünsche der Bezirksleitung und des Verbandes und sprach den Jubilaren Dank für ihre Dienste aus. Er gab dann einen Überblick über die Entwicklung des VDBB und der Verwaltungsstelle in Celle. Im Auftrag der Ortsverwaltung überreichte dann Kollege Roman den Jubilaren je eine Ehrennadel zum Andenken für ihre dem Verbands geleisteten Dienste. Dem Kollegen Weis wurde jedem Jubilar ein blumengeschmückter Sessel überreicht, in dem sie nach getaner Arbeit ausruhen konnten.

Für die Jubilare sprach dann der Kollege Kose den Dank für die Ehre aus. Auch er wünschte, daß die Jugend sich an dem selbstlosen Arbeiten der Alten ein Beispiel nehmen möge. In frohlicher Stimmung blieb die Beisammung bei Musik und Tanz bis in die frühen Morgenstunden beisammen.

Reisende Kollegen Vorwärts

Der Gau (Ostkreis) veranstaltete eine „Stiermärkische Arbeitergemeinschaft Ost-Burg“ Schriften an freie Gewerkschaften in Deutschland, um von ihnen Beiträge für ihr Jugendberholungsheim zu erbitten. Auch hatten Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schon Nachrichten für das genannte Erholungsheim, als sie auf der Verwaltungsstelle unseres überregionalen Arbeiterverbandes in Graz vorstießen. Wie aus dem unsrigen Bundesverband in Wien mitgeteilt wird, ist die „Stiermärkische Arbeitergemeinschaft“ mit ihrem Jugendberholungsheim eine den freien Gewerkschaften entgegengekehrte Gründung, deren Nachher denationalen Führer sind. Das wissen wir allem die Gewerkschaften beherzigen, denen Bittelbriefe von der „Stiermärkischen Arbeitergemeinschaft“ zuweilen unsere reisenden deutschen Verbandskollegen erhalten von der Verwaltungsstelle des Österreichischen Metallarbeiterverbandes in Graz überreicht werden.

Verbandsmitglieder! Schließt euch Versicherungen ab bei der Volksfürsorge-Gesellschaft, Hamburg 5.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: C-21 62441, 62442, 62443

Mit Sonntag dem 19. Mai in der 21. Wochenbeilage für die Zeit vom 19. bis 25. Mai 1929 (1411g).

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigegeben, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Beantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollen sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:
Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hamburg:
Der Former Ewald Gaas, geb. am 4. Dezember 1899 zu Bremen, Mitgliedsbuch Nr. 6458 982, wegen betrügerischer Manipulationen mit Beitragsmarken.
Stuttgart, Adickstraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! • Suzug ist fernzubalten:

von Carosierarbeitern aller Branchen nach Basel St.;
von Drechern und Gießern nach Graz (Andrieger Maschinenfabrik A.-G.);
von Elektromonturen nach Hamburg (Schwachstrom) St.;
von Formern und Gießereiarbeitern nach Solingen (Th. Jale & Towne früher Vogt & Raiten) St.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig (Danziger Werk und Trowlerwerk) B.

U = Lohnbewegung; D = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; W. = Maßregelung; M. = Mißstände; A. = Ausperrung.
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Schriftenschau

Die technische Macht, so heißt der einleitende Aufsatz zum 20. Jahrgang der „Technik für Alle“ (Verlag Dietz & Co., Stuttgart) von der Feder des bekannten Turbinenbauers und Kulturvolkspompers Prof. Kaplan. Niemand kann ohne technisches Wissen auskommen, will er nicht im täglichen Leben Schaden über Schaden erleiden. Information für den einen, Einführung für den anderen in Arbeit und Hochland des Ingenieurwesens wird da gebracht. Aus dem Inhalt des vorliegenden ersten Heftes des sechsten beginnenden 20. Jahrgangs greifen wir nur einige besonders passende und flüssig geschriebene Artikel von allgemeinem Interesse heraus: 1000 PS auf einem Fleck — Etwas Thermodynamik — An der Geburtsstätte des Eisens — Werden und Warten des Dampfes (Anfang einer Reihe von vorbildlichen Demonstrationstafeln) — Aus Weltall den neuen Wetter — Technische Beschränkungen aus aller Welt — Zentrallokaler Nordstern — Melordauto „Der goldene Pfeil“ — Die Kugelfalle im Flugdienst. Dazu findet sich eine Bauteile, eine Experimentiererei und vieles andere. In Anbetracht der vorzüglichen Weiterbildung — zahlreiche ganzseitige Bilder, eine große Zahl künstlerischer Zeichnungen und eine Menge technischer Aufnahmen und Zeichnungen unterstehen den gebienden Text — ist der Abonnementspreis von 2,25 M für drei Hefte im Vierteljahr, wozu noch eine kostenlose Buchbeilage kommt, außerordentlich billig.

Religion und Sozialismus. Unter diesem Titel erscheint eine neue Zeitschrift der religiösen Sozialisten. Verlag Karlshagen-Müppurt. Einzelheft 1,50 M. Außerdem erscheint im gleichen Verlag das „Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes“. Einzelnummer 10 Pf., vierteljährlich 1,20 M.

Maifest der „Gesellschaft“. Zum Paritätstag erscheint „Die Gesellschaft“ mit bedeutendem Material in stärkerem Umfang. Zur Ergänzung der Wechseldiskussion bringt sie einen Artikel von Schütz über die außenpolitischen Probleme Rußlands. Es folgen noch Artikel von Alfred Braunthal, J. Birnbaum, Marjahn, Kittel, Prof. Lederer und Gumbel. „Die Gesellschaft“ kann zum Preise von 1,50 M in der Volksbuchhandlung bezogen oder bei der Postanstalt bestellt werden.

Vierteljahrshefte der Berliner Gewerkschaftsschule. Heft 1, Jahrgang 1929. Die Vierteljahrshefte, die über den Kreis der Schüler dieser Schule hinaus bei Fachleuten des gewerkschaftlichen und Arbeiterbildungswesens Bedeutung besitzen, beschäftigen sich in vorliegender Nummer mit den zeitgemäßen Fragen des Berufswesens. Der Herausgeber, Fritz Friede, leitet das Heft mit einem Aufsatz „Berufswesen und Beruf“ ein. Dr. Günther Schloen behandelt die pädagogische Seite des Berufswesens und kommt auch von diesem Gebiete her zu dem Resultat, das Berufswesen überflüssig sind. Noch mehrere Artikel aus der Feder namhafter Leute dieses Fachgebietes folgen. Das Heft kann als ein wichtiger Beitrag zu der seit dem hiesigen Kongress auch in den Gewerkschaften aufgeworfenen Frage des Bildungs- und Berufswesens gewertet werden. Herausgegeben von der Berliner Gewerkschaftsschule, Berlin SO 16, Engelauer 24/25.

Die Arbeiterbildung in der Praxis. Im Aprilheft veröffentlicht die „Sozialistische Bildung“ eine Vortragsdisposition von H. Künemann über „Arbeiterbildung und Haushaltsrecht“, die namentlich sehr anlässlich der Haushaltsdebatten im Reichstag allen politisch Interessierten willkommen sein dürfte. — Nicht minder wichtig für die praktische Arbeit ist ein umfangreicher Aufsatz von Otto Jensek „Die Parteigeschichte in der Arbeiterbildung“. Grundsätzliche Betrachtungen enthalten die beredendsten Artikel von Eduard Bernstein: „Die kulturell-ergiebiger Bedeutung der Lehre von Klassenkampf des Proletariats“ und von Oskar Greiner: „Die bildende Kunst und ihre Bedeutung für das Proletariat“. Die „Sozialistische Bildung“ mit ihren Beilagen „Bürgerwarte“ und „Sozialistische Erziehung“ ist zum Preise von 1,50 M für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsbewegung, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Dem geübten und franten Herzen. Von Univeritätsprofessor Dr. Kerschensperner, München. 18 Abbildungen. Preis gebunden 1,85 M. Max Hefes Verlag, Berlin SW 15. Nach einer kurzen anatomischen Einleitung bepricht der bekannte münchener Herzspezialist die einzelnen Formen der Herzkrankheiten (Klappenfehler, Embolien, Herzinfarkten, unter denen die Arterienverkalkung zu dem zum Teil mit Unrecht gefürchtetsten gehört und bespricht die Folgezustände und Befehrer der Herzkrankheiten. Ein eigenes Kapitel ist der so häufigen Reumathie und Folgeerscheinungen gewidmet.

Reichs-Verbergsverzeichnis 1929. Herausgegeben vom Reichsverband für Deutsche Jugendbergherren, Verlags-Abteilung, Gildengäßchen in Weiffen. Preis 1 M.

Aufschwung bei Brown-Boveri

Von Julius Fries

Rund 6200 Arbeiter und Angestellte waren Ende 1928 bei der Brown, Boveri & Co. A.G. in Mannheim beschäftigt, das sind 800 oder 13 vH mehr als im Vorjahre. Der Umsatz der Gesellschaft aber hat sich im gleichen Zeitraum von 68 Millionen auf 80 Millionen Mark, also um fast 20 vH gehoben. 1924 hat der Umsatz nur 34 Millionen Mark betragen.

Anfang 1928 wurde das Aktienkapital von 15 auf 25 Millionen erhöht. Die Gesellschaft schüttet aber eine gleich hohe Dividende aus wie für 1927, nämlich 9 vH, wofür infolge des erhöhten Aktienkapitals jetzt statt 1,35 Millionen 1,80 Millionen erforderlich sind. Im nächsten Jahre würden bei gleich hoher Dividende 2,25 Millionen Mark erforderlich sein, da für 1928 die neuen Aktien vereinbarungsgemäß nur die halbe Dividende betragen. Die Zahlung der vollen Dividende wäre auch für die neuen Aktien schon jetzt mit Leichtigkeit möglich gewesen, hat sich doch der Reingewinn von 1,44 Millionen auf 1,94 Millionen Mark erhöht trotz größerer Abschreibungen, gestiegener Unkosten und Erweiterung der Beteiligungen.

Die einzelnen Posten der Bilanz zeigen nicht nur eine überaus günstige Weiterentwicklung von Jahr zu Jahr, sondern auch einen ungewöhnlich günstigen Stand, wenn man die Zahlen vergleicht, die für die Beurteilung einer Bilanz maßgebend sind. Die Gesellschaft besaß am Schlusse des letzten Geschäftsjahres an eigenen Mitteln außer dem Aktienkapital von 25 Millionen einen Reservefonds, der auf 20 vH dieses Aktienkapitals bemessen ist, nämlich 5 Millionen Mark, insgesamt also mit dem ausgewiesenen Reingewinn von 1,9 Millionen Mark ein Eigenkapital von 32 Millionen Mark. Diesen eigenen Mitteln stehen auf der andern Seite Grundstücke, Gebäude, Arbeitsmaschinen usw. im Werte von nur 8,2 Millionen gegenüber.

Die Vorräte stehen mit 13,7 Millionen, die Beteiligungen und Wertpapiere mit 8,1 Millionen, Außenstände, darunter allerdings auch an Lieferanten geleistete Anzahlungen in Höhe von 27,78 Millionen zu Buch, während der Kassen- und Wechselbestand mit 526 000 M. ausgewiesen ist. Außerdem ist noch ein gegen das Vorjahr verdoppeltes Bankguthaben von 3,35 Millionen Mark vorhanden. Die Summe der Betriebswerte beträgt also 63,5 Millionen Mark, das ist fast das Siebenfache der Anlagewerte, was ein selten günstiges Verhältnis ist.

Alle diese Zahlen zeigen, daß die Bedeutung der Brown, Boveri A.G. in den letzten Jahren dauernd gewachsen ist, auch bei einem Vergleich mit den anderen deutschen Elektrozugmaschinen- und Siemens und Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft jede mehr als den sechsfachen Jahresumsatz zu verzeichnen hat. Die Brown, Boveri A.G. in Mannheim ist bekanntlich eine Gründung des schweizerischen Großkonzerns gleichen Namens, dessen Sitz in Baden (Schweiz) ist, der aber heute infolge der mehrfachen Kapitalerhöhungen nicht mehr die Aktienmehrheit besitzt. Heute sind neben der Dresdner Bank, der Reichskredit-A.G., dem Bankhaus Mendelssohn noch einige Provinzbanken Gesellschafter der Gesellschaft. Der Konzern hat zahlreiche Tochtergesellschaften in der Schweiz, in Frankreich, in Italien, Norwegen, Österreich und seit 1925 auch in Amerika. Die manheimer Gesellschaft hat besondere Vorteile durch den Austausch der internationalen Erfahrungen, durch einen bis 1945 laufenden Vertrag Anspruch auf alle Erfindungen und Patente, die im Rahmen des schweizerischen Konzerns gemacht oder erworben werden und muß dafür eine jährliche, nach der Umsatzhöhe bemessene Entschädigung zahlen, die aber verhältnismäßig gering sein soll.

Die manheimer Gesellschaft hat ihre Hauptwerke in Mannheim, wo elektrische Großmaschinen, Dampfmaschinen, Bahnmotoren und Transformatoren gebaut werden, das nächstgrößte Werk in Großauheim bei Hanau, wo elektrische Apparate gebaut werden. Ferner bestehen Werke in Lampertheim, wo Großgleichrichter, in Saarbrücken, wo Motoren und Kältemaschinen fabriziert werden. Reparaturwerkstätten befinden sich in Dortmund. Diese Werke werden zum Teil als Tochtergesellschaften betrieben. Im einzelnen ist die Gesellschaft beteiligt an der Gleichrichter-Gesellschaft m. b. H., Berlin, an der Südwerte Frankenthal A.G. mit 226 Arbeitern, an der Saar-Brown-Boveri A.G. mit 800 Arbeitern, an der Isolation A.G., Mannheim, mit 470 Arbeitern, an der Stob G. m. b. H., Mannheim, die Installationsmaterial herstellt und 740 Arbeiter beschäftigt, ferner an der Rheinischen Draht- und Kabelwerke in Köln-Niehl, wo Kabel und isolierte Drähte hergestellt und 500 Ar-

beiter beschäftigt werden. Diese Gesellschaften, die mit einem Aktienkapital von zusammen rund 10 Millionen Mark arbeiten und zum größten Teil in den letzten Jahren 7 und 8 vH Dividende verteilen, stehen mit nur 6,3 Millionen Mark zu Buch, das sind 4,9 Millionen Mark mehr als im Vorjahre, was ein weiterer Beweis für den Aufschwung des Unternehmens ist.

Der Geschäftsbericht kann gleich einleitend feststellen, daß ein so großer Auftragsbestand vorlag, daß in einzelnen Abteilungen Monate hindurch mit zwei und drei Schichten und sogar Sonntags gearbeitet werden mußte, um die meist kurz befristeten Bestellungen zu erledigen. Im Bericht des Jahres 1927 klagte die Verwaltung über Mangel an Facharbeitern. Im letzten Jahre wurde, worauf der Geschäftsbericht besonders hinweist, für das Großkraftwerk in Zichornowitz ein vollständiges Dampfturbinenaggregat (Dampfmaschinen und elektrischer Generator) von 85 000 Kilowatt in einem einwelligigen Maschinenhaus gebaut, was eine Leistungssteigerung auf fast den doppelten Wert gegenüber der größten bisher gebauten einwelligigen Maschine bedeutet. Die Maschine wird im Laufe dieses Jahres zur Aufstellung kommen, womit dann das Kraftwerk Zichornowitz über die größten in europäischen Zentralen laufenden Maschinenjahre verfügen wird. Als weitere Spitzenleistung erwähnt der Geschäftsbericht die beiden für das Großkraftwerk Mannheim im Laufe des vergangenen Jahres gelieferten und in Betrieb genommenen Dampfmaschinen für 100 Atmosphären Dampfdruck und 450 Grad Dampf Temperatur. Mit der Inbetriebnahme dieser Anlage ist der Höchstdruck zum ersten Male in Deutschland aus dem Versuchsstadium herausgekommen und mit Erfolg in großem Maßstab in die Praxis eingeführt worden.

In dem Geschäftsbericht, der stolz alle diese Erfolge meldet, fehlt es trotzdem nicht an dem Hinweis, daß der Wettbewerb auf den ausländischen Märkten erschwert war „durch die auch im vergangenen Jahre nicht zum Stillstand gekommene Steigerung der Löhne und Gehälter und die drückende Höhe der Steuern und sozialen Lasten“. In der Tat werden die Generalunkosten statt mit 9,4 Millionen Mark wie im Vorjahre diesmal mit 11,36 Millionen Mark ausgewiesen. Wenn wir aber diese Steigerung allein auf die um 800 Köpfe verstärkte Belegschaft umrechnen, so würden bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von 250 M. — das längst nicht alle Arbeiter haben — sich allein schon 2,4 Millionen Mark mehr für Lohnaufwendungen ergeben. Es zeigt sich also, daß das Durchschnittseinkommen der Lohnempfänger wesentlich geringer ist als 250 M. monatlich, selbst wenn wir außer Betracht lassen, daß in den Generalunkosten natürlich wieder die Gehälter der Direktoren und Oberbeamten enthalten sind. Es zeigt sich weiter, daß aus diesen Zahlen eine Steigerung der Löhne im allgemeinen sich nicht errechnen läßt. Wir sehen also wieder einmal, was wir von diesen Klagen zu halten haben.

Als Lohnerhöhung für den Aufsichtsrat aber waren noch vor zwei Jahren „nur“ 21 510 M. vorgesehen, im Vorjahre steigerte man diese Summe um das Vierfache auf 84 599 M. und diesmal um ein weiteres Drittel auf 111 000 M. Die Steigerung dieser Zahlen läßt wohl mit Recht darauf schließen, daß die Herren der Zeitung auch bei ihren Gehältern wesentlich höhere Ansprüche gestellt haben entsprechend dem Aufschwung des Unternehmens und daß einzig und allein darauf die Steigerung der Generalunkosten zurückzuführen ist. Anzuerkennen bleibt, daß der im Vorjahre gegründeten und mit 1 Million Mark ausgestatteten Pensionskasse jetzt weitere 500 000 M. zugeführt worden sind. Diese 500 000 M. sind aber ebenfalls in der Steigerung der Generalunkosten einbezogen, so daß an sich die Steigerung der Unkosten verhältnismäßig gering ist. Um so mehr muß die völlig unangebrachte Klage über die „hohen“ Löhne zurückgewiesen werden.

Die Aussichten für das laufende und die folgenden Geschäftsjahre beurteilt die Gesellschaft selbst sehr zuversichtlich. Es sei mit einem ständig steigenden elektrischen Stromverbrauch in Deutschland zu rechnen, wodurch weiterer Bedarf nach Erweiterung der Kraftwerke zu erwarten ist, so daß die Hauptabteilungen für Großmaschinenbau weiter mit guter Beschäftigung rechnen können. Da in diesem Jahre die schon erwähnte Ablieferung der Großmaschinen für das Kraftwerk Zichornowitz erfolgen wird, ist mit gutem Voreingang zu rechnen, so daß die Aufrechterhaltung der Dividende von 9 vH auch für das erhöhte Aktienkapital mit Leichtigkeit möglich sein wird.

nur mit Ach und Krach fristen konnten. (Zustimmung.) Daß diese Kreise natürlich nicht in der Lage sind, dem allgemeinen Aufschwung „Spartil Spartil“ zu folgen, das versteht sich von selbst.

Ungeachtet dieser Zustände verlangen wir vom Staat, daß er die Entwicklung der deutschen Lohn- und Arbeitsbedingungen schärf beachtet und, wenn es sein muß, dort eingreift, wo es am Plage ist. Wir haben nicht nur einen bürgerlichen Staat, der das Eigentum schützt, sondern wir brauchen auch einen sozialen Staat, der den wirtschaftlich Schwachen seine Hilfe zuteil werden läßt, denn über dem Profit der Wirtschaft steht der Mensch und seine Gesundheit.

Wir verlangen natürlich auch einen erhöhten Arbeitslohn. Wer heute die Zahlen der Unfallverletzten, der zu Krüppeln Gewordenen, der zu Tode Verunglückten nachschlägt, den überkommt ein Grausen ob der Steigerung und des Glendes. Wir fordern darum erhöhten Schutz der Arbeiter, weil dies ein kulturwürdiges Gebot ist, und werden alle Kräfte einsetzen, damit unseren Ansichten mehr als bisher Rechnung getragen wird. Die glänzende Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung beweist, daß wir auf diesem Gebiete nachdrücklich helfen können. Soweit das Gebiet Arbeitslohn in Betracht kommt, haben wir zum Herrn Reichsarbeitsminister großes Vertrauen, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß er unsere Auffassung fördert und stützt, soweit es im Rahmen seiner Befugnisse geschehen kann.

Darüber hinaus werden wir uns auch bemühen, Tarifverträge aus eigener Kraft zu schaffen, denn wir wissen, daß das, was aus eigener Kraft gestaltet und getragen wird, in der Regel den nachhaltigsten Erfolg hat. Auf dem Gebiete des Arbeitsrechts, der Arbeitsverfassung, der Arbeitsgerichtsbarkeit und des Schlichtungswesens, des internationalen Rechts, der gesamten Lohn- und Arbeitspolitik sowie des Arbeiterschutzes werden wir nicht nachlassen, vorwärtszudringen. Wenn es gilt, für die Armeen zu stehen, werden Sie uns stets in den vordersten Reihen sehen! (Weifall)

Zur Umfrage über die Frauenarbeit

Die Frage der Frauenarbeit wird gegenwärtig viel besprochen. Durch Krieg und Inflation wurden viele Frauen und Mädchen zum Erwerb des täglichen Brotes gezwungen. Die letzte Verfassung im Jahre 1925 hat eine wesentliche Steigerung der Frauenarbeit ergeben. Die Zahl der Arbeiterinnen in Deutschland beträgt nach der Zählung 11 478 012, davon sind ledig 6 802 185 = 58,8 vH, verheiratet 8 645 826 = 81,7 vH, verwitwet oder geschieden 1 080 661 = 9,0 vH.

Die Ausdehnung der Frauenarbeit ist sehr beachtenswert. Die Berufsählung von 1907 hatte ergeben, daß von 10,8 Millionen verheirateten Frauen 2,8 Millionen hauptberuflich erwerbstätig waren. Insgesamt waren damals 8,4 Millionen Frauen erwerbstätig. Diese Zahlen beweisen, daß sich die Arbeiterinnen in Deutschland in 18 Jahren um 2 078 012 vermehrt haben. Sehr beachtenswert ist auch, daß 1895 in der Metallindustrie 44 767 weibliche Personen beschäftigt waren, 1907 dagegen schon 119 461, eine Zunahme in zwölf Jahren nur in der Metallindustrie von 74 694.

Die kapitalistische Produktionsweise hat die Frauenarbeit bedeutend vermehrt, wodurch die Männer immer mehr den Frauen Platz machen mußten. Mit Recht hat schon 1910 Frau Dora Landt in ihrem Buch über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Berliner Maschinenindustrie die mannverdrängende Frauenarbeit wie folgt geschildert: „Dieselben Maschinen, die den gelehrten Schlosser, Mechaniker, Dreher usw. von ihren Schraubstöcken verdrängen und sie entweder zu Bedienten von Spezialmaschinen herabgesetzt oder anstatt ihrer die Verufe der Wogler, Präfer, Gubler, Stanger, Schleifer, Schrauben- und Revolverdreher haben ausflommen lassen, dieselben Maschinen werden mit Hilfe einiger „Einrichter“ oder Vorarbeiter von Tag zu Tag mehr durch Frauen und Mädchen bedient.“

Für das Unternehmertum war und ist die Frauenarbeit sehr vorteilhaft; man spart die „hohen Männerlöhne“. In der Vorkriegszeit wurde die Frau im Durchschnitt um 80 bis 90 vH niedriger entlohnt als der Mann, ob sie nun Lohn- oder Akkordarbeit verrichtete.

Nach einer Umfrage unseres Verbandes im September 1916 ergab sich, daß von den damaligen weiblichen Verbandsgliedern nur 9,2 vH dieselbe Entlohnung erhielten wie der männliche Arbeiter, der die gleiche Arbeit leistete, und daß sich über 76 vH der Arbeiterinnen mit einem Vordienste von 85 bis 70 vH begnügen mußten. Durch andauernde gewerkschaftliche Tätigkeit ist in den letzten Jahren diese ungerechte Verdienstmöglichkeit der Frau gütenteils beseitigt worden.

Aber nicht nur um die berechnete gewerkschaftliche Forderung: Gleicher Lohn für gleiche Leistungen zu verwirklichen, sollen die Bestrebungen unserer Organisation weiter fortgesetzt werden, sondern auch wegen den Verbesserungen für die Arbeiterinnen auf sozialem Gebiete. Vermehrung des Gesundheitsschutzes und dadurch Verminderung der Krankheitsfälle sowie die Beseitigung der Unfallgefahren kann durch behördliche oder gesetzliche Maßnahmen erlangt werden. In den Fabriken sind die maschinellen und sonstigen Einrichtungen so zu gestalten, daß auch die Arbeiterin ohne Angst und Gefahr ihre Tätigkeit in menschenwürdiger Weise ausführen kann. Gesundheitsschädliche sowie körperlich allzu schwere Arbeiten müssen für die Frau verschwinden. Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen ist nicht zu bestreiten. Es braucht nur auf die Tatsache verwiesen zu werden, daß im Jahre 1928 die weibliche Abteilung des Arbeitsnachweises für die Metallindustrie Großberlins

172 Arbeiterinnen im Alter von 20—30 Jahren
335 „ „ „ 31—40 „
222 „ „ „ 41—50 „
97 „ „ „ über 50 „

insgesamt 828 Arbeiterinnen gewerbeamtlich untersucht und umgeleitet hat, das heißt daß sie andere, leichtere Arbeiten erhielten.

Noch vieles ließe sich anführen, um die Berechtigung der Bestrebungen unseres Verbandes, die Lebensverhältnisse der Arbeiterinnen zu verbessern, nachzuweisen. Der Hauptwert dieser Zeilen ist auf eine von unserem Vorstand beschickte Umfrage nach den Arbeitsverhältnissen der in der Eisen-, Metall-, Maschinen- und elektrotechnischen Industrie beschäftigten Arbeiterinnen aufmerksam zu machen. Jede Ortsverwaltung hat auf diesem Zweige Fragebogen erhalten. Um brauchbares Material bei Verhandlungen mit Unternehmern, Behörden oder bei sonstigen Gelegenheiten zu haben, ist es notwendig, daß die Verantwortung des Fragebogens in genügender Weise erfolgt. Deshalb sollten nicht nur unsere Kolleginnen die Ortsverwaltung in dieser Sache unterstützen, sondern auch jeder Funktionär sollte dazu beitragen, daß die etwa zahlreichen Fragen den Tatsachen entsprechend beantwortet werden, damit Ergebnisse zustande kommen, deren Stichhaltigkeit von niemandem angezweifelt werden kann. Ohne Mühe kein Verdienst! Um die Schädlichkeit und Verbesserungsmöglichkeit bestehender Zustände zu beweisen, braucht man statistisches Material.

Damit die Arbeiterin zu ihrem ideellen und materiellen Recht kommt, ist gewerkschaftliche Auffklärung und Verarbeit bei den unorganisierten Kolleginnen notwendig. Geschicht, dann wird auch von der Arbeiterinnenseite her unsere Organisation gestärkt und neue Mitkämpferinnen gewonnen. Otto Sandke.

Lohnkosten 25 Mk. - Stromkosten 15 Pfennige

Die elektrische Kraft erobert ein Arbeitsgebiet nach dem andern. Man hat sogar Apparate erfunden, die das elektrische Gauden von Kirchenglocken ermöglichen. Nach der Frankfurter Zeitung betragen die Lohnkosten beim Säulen der drei Glocken des Magdeburger Doms für 17 Mann etwa 25 M. Ein gleich langes Geläut (6 bis 7 Minuten) mit elektrischen Läutemaschinen kostet jetzt 15 S. Strom. Selbst wenn man die Kosten der Apparate und ihre Aufstellung mit berücksichtigt, so ergibt sich, daß durch die Mechanisierung eines Arbeitsvorganges wesentliche Ersparnisse erzielt werden.

Aus dem Reichstag

Schlichtungswesen - Lohnpolitik - Erhöhten Arbeiterschutz

Bei der Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums hat sich der sozialdemokratische Abgeordnete Franz Meß, das Vorstandsmitglied des DVA, angelegen sein lassen, die gewerkschaftlichen Forderungen zu vertreten. Von seiner Rede, die er beim Kapitel „Lohnpolitik und Schlichtungswesen“ hielt, lassen wir das wesentliche des Textes folgen, der für unsere Leser wichtig erscheint. Nach einem Zwischenspiel mit den Nationalsozialisten kam der Kollege Meß auf das Schlichtungswesen zu sprechen, worüber er sagte:

Wir halten aus grundsätzlichen Erwägungen am Prinzip des Schlichtungswesens fest und bekennen uns auch zu der rechtlichen Notwendigkeit der Verbindlichkeitsklärung von Schiedsprüchen. Das hindert uns natürlich nicht, daß wir in bezug auf die praktische Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen unsere eigene Auffassung haben. So sieht der § 6 über die Verordnung des Schlichtungswesens vor, daß unter gewissen Voraussetzungen ein beiderseitig abgeleiteter Schiedspruch für verbindlich erklärt werden kann. Nach unserer Auffassung sollte möglichst in allen Fällen davon Abstand genommen werden, die Verbindlichkeit auszusprechen, sobald die der Wille der beiden Parteien ist. Das gleiche sollte geschehen, sobald eine Partei bereits in eine Kampfhaltung eingetreten ist. Auch hier sollte die Schlichtungsbehörde nur dann eingreifen, wenn von einer Partei dieses Ansuchen gestellt ist. Das mag dem einen oder dem andern nicht passen; aber das Verantwortungsgefühl in wirtschaftlich schwierigen Zeiten würde hierdurch sicherlich eine Stärkung erfahren.

Unser stärkstes Bestreben hat es allerdings erregt, daß das Arbeitsgericht den Stimmentscheid des Vorsitzenden befreitigt hat. Dadurch ist der Erlaß von Schiedsprüchen in Gefahr und das Prinzip der Verbindlichkeitsklärung hart erschüttert. Bewußt wird man sich mühen, in Verhandlungen eine Verständigung zu finden. Aber gerade in komplizierten Fällen kann der Stimmentscheid des Vorsitzenden sehr nützlich sein. Die Voraussetzung für eine Verbindlichkeitsklärung ist natürlich ein Schiedspruch, und wenn der Schiedspruch von dem Vorsitzenden nicht gefällt werden

darf, so wird damit das von uns stark anerkannte Recht der Verbindlichkeitsklärung unterbunden.

Im übrigen können wir bei der Behandlung dieser Materie feststellen, daß auf dem gesamten Gebiete der Lohn- und Arbeitspolitik eine Verschärfung des Kampfes auf der ganzen Linie zu konstatieren ist. (Zustimmung.) Sobald es sich darum handelt, den breiten Schichten eine Erhöhung des Lebensstandes zu verschaffen, ist es in der Regel mit dem so viel gepriesenen Wohlwollen der Herren von Hugenberg und sonstiger Industrievertreter, die ja immer so liebevoll über die Bedürfnisse der Arbeiter reden, vorbei. Es muß auf das äußerste um den Pfennig gekämpft werden, und dies alles trotz der glänzenden Rationalisierungserfolge. Der entscheidende Fortschritt in der Kapitalbildung ist natürlich dabei auch in Betracht zu ziehen.

Bei Lohnverhandlungen hören wir immer wieder, daß eine Erhöhung der Bezüge der Angestellten, der Arbeiter, der mittleren und kleinen Beamten eine Verhinderung von Kapitalbildung bedeute. Dies ist grundsätzlich (Zustimmung.) Lohnverhöhungen und Kapitalbildung sind keine abstrakten Begriffe, die sich gegenseitig ausschließen, sondern sie ergänzen einander. Deshalb haben wir dieser Sache die größte Aufmerksamkeit zu widmen. In den letzten Jahren sind die Reallohne, wenn auch nach unserer Auffassung völlig ungenügend, so doch etwas gestiegen, und trotz oder vielmehr wegen dieser Tatsache konnten wir feststellen, daß die Einlagen in den Sparkassen und die ansteigenden Versicherungssummen sehr wesentlich zur Bildung des Kapitals beigetragen haben. Also eine Erhöhung der Löhne schließt eine Kapitalbildung keineswegs aus. (Sehr richtig!) In dieser Beziehung war gerade 1928 ein glänzendes Jahr. Man läßt in eingeweihten Kreisen die Höhe des Realkapitals auf 7 bis 8 Milliarden Mark.

Die Sparkasseneinlagen dürfen uns indessen nicht heizen. Wir müssen vor allen Dingen hier einmal nachprüfen, wie die soziale Schicht der Einleger aussieht und in welchem Ausmaß diese Einlagen erfolgen. Wir brauchen hierbei nur an die Millionen von Arbeitern zu erinnern, die infolge unzureichender Verdienste und völliger Arbeitslosigkeit im Laufe des letzten Winters ihr Leben

Unfallschutz in Gießereien

Auf der Reichskonferenz der Formner vom Dezember 1927 wurde von fast allen Rednern eine Verbesserung des Unfallsschutzes in den Gießereien verlangt. In der von unserem Vorstand Ende 1927 herausgegebenen Schrift über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den deutschen Gießereien wird auf verschiedene Unfallmöglichkeiten verwiesen und besonders auf die leichte Brandverwundbarkeit der flüssigen Metalle hingewiesen, um Verletzungen an Händen und Füßen zu verhindern. Auch die Arbeit am Freistahlgefäß ist sehr gesundheitlich, Erkrankungen der Atmungsorgane sowie Augenverletzungen sind oftmals die Folge solcher Tätigkeit.

Um nun die Unfallgefahren zu verringern, wurde das Reichsversicherungsamt von den Unfallmöglichkeiten in den Gießereien in Kenntnis gesetzt. Auf Veranlassung dieser Behörde fand im Dezember vorigen Jahres eine Besprechung statt, an der neben dem Reichsversicherungsamt Vertreter der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften, des ADGB und unseres Verbandes teilnahmen. Vorher hatte der Vorstand des ADGB eine Statistik über die Unfälle und deren Folgen dem Reichsversicherungsamt übermittelt. Bei der Besprechung hatten die Vertreter des Verbandes der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften die Wichtigkeit des Ergebnisses unserer Statistik betont, mußten jedoch im übrigen anerkennen, daß die Arbeiten in den Gießereien zum nennenswerten Teil gesundheitsgefährlich und auch die Unfallgefahren nicht zu verkennen sind. Es wurde vereinbart, daß zunächst eine statistische Umfrage von den Berufsgenossenschaften oder deren Zentralstelle über die im Jahre 1928 vorgekommenen Unglücksfälle vorgenommen werden sollte. Dieses Material sollte dann in einer späteren Sitzung besprochen werden, worauf, wenn möglich, eine Verständigung erfolgen sollte, damit durch behördliche Maßnahmen Unfälle verhütet werden. Auch hätten die Vertreter des Berufsgenossenschaftsverbandes die Herausgabe eines Merkblattes über Unfallschutz ausgedrückt, das in den Gießereibetrieben auszuhängen ist.

Anlässlich der Reichsunfallwoche wurde das Merkblatt an die Gießereifirmen gefandt. Es wird darin darauf hingewiesen, daß die statistischen Erhebungen der letzten Jahre gezeigt haben, daß sich die Mehrzahl der Gießereiunfälle beim Transport und beim Umgang mit flüssigen Eisen oder Metall ereignet haben. Gegen diese Feststellung ist nichts einzuwenden. Wenn aber in dem Merkblatt weiter gesagt wird, daß die Unfallhäufigkeit in den Gießereien mehr als in manchen Metallbearbeitungsbetrieben von der Beschäftigten selbst beachtet werden kann, so kann angenommen werden, die Unfälle seien auf Verschulden der betroffenen Arbeiter zurückzuführen. Es dürfte aber bekannt sein, daß nicht in jeder

Gießerei geeignete Einrichtungen, Werkzeuge usw. vorhanden sind und infolgedessen da die Unfallgefahr höher ist als dort, wo zum Beispiel genügend Raum vorhanden ist für den sicheren Verkehr mit flüssigem Metall.

Unsere Kollegen haben recht, wenn sie behaupten, daß der heutige Arbeitsprozeß ein übermäßiges Anspannen aller Kräfte erfordert, um einen einigermaßen befriedigenden Verdienst zu sichern. Die Rationalisierung im Verein mit der äußersten Berechnung der Arbeitspreise und der weitgehenden Ausnutzung der körperlichen Kräfte der Gießereiarbeiter machen die Vermehrung der Krankheiten und Unfälle verständlich. Wenn jeder Gießereibesitzer oder dessen Beauftragter nach den Bestimmungen des erwähnten Merkblattes handelte, würde sich bald eine Verminderung der Unfälle zeigen.

In dem Merkblatt wird ganz richtig verlangt, daß Hebezeuge und andere Transportmittel laufend zu überprüfen und die Ketten, Seile und Balancen in bestimmten Zeitabständen zu prüfen sind, um Überlastungen zu verhüten und zur Vermeidung von Fußverletzungen das Tragen guter und fester Schuhe beim Gießen erforderlich ist. Ebenso dürfen unterhalb eines am Kran hängenden Formlastens Arbeiten nicht vorgenommen werden, sofern er nicht sicher abgestützt ist.

Mit diesen Zeilen sollen unsere Kollegen um ihrer selbst willen erneut auf dieses Merkblatt aufmerksam gemacht werden. Sie sollten von ihren Unternehmern oder deren Vertretern die Einrichtungen und Maßnahmen verlangen, die das Merkblatt bestimmt. Damit soll nicht gesagt sein, daß uns derartige Anordnungen oder Vorschriften genügen. Selbstverständlich erwarten wir, daß die vom Reichsversicherungsamt angesehene Verhandlung mit den Vertretern der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft in der nächsten Zeit stattfindet. Dort werden dann unsere Vertreter nach weiteren Maßnahmen zum Schutze von Gesundheit und Leben der Formner und Berufsgenossen trachten. Für den Arbeiter bedeutet die Erhaltung seiner Gesundheit eine Verpflichtung gegen sich selbst und seine Familie.

Wer sind die Arbeitsgerichtsbesitzer?

Dr. Georg Flotow, der Erläuterer des Betriebsrätegesetzes, hat eine Aufstellung der Besitzer der Arbeitsgerichtsbehörden in der Beilage des Reichsarbeitsblattes 1929 Nr. 4 veröffentlicht. Allerdings erstreckt sich die Untersuchung nur auf die Besitzer der preussischen Arbeitsgerichtsbehörden, an einer Reichszusammenstellung fehlt es daher noch. Aus der Flotowschen Bearbeitung des amtlichen Materials sei kurz das Wichtigste mitgeteilt:

An den 228 Arbeitsgerichten sind im ganzen 9450 Weisiger tätig, und zwar bei den Arbeiterkammern 4242, bei den Angestellten-

kammern 2246, bei den Arbeiter- und Angestelltenkammern 610 und bei den Handwerksgerichten 1992. Und bei den 83 Landesarbeitsgerichten sind insgesamt 828 Weisiger tätig. Demnach gibt es in Preußen 10 908 Weisiger bei den Arbeitsgerichten. Von diesen Zahlen entfallen auf die Unternehmerweisiger und auf die Arbeiterweisiger je die Hälfte. Das weibliche Geschlecht ist an der Zahl der Weisiger jedoch sehr schwach vertreten. Auf die Unternehmerweisiger entfallen 72 weibliche Weisiger, und zwar kommen auf die Arbeiterkammern 38 und auf die Handwerksgerichte 4. Auf die Arbeiterweisiger entfallen bei den Arbeitsgerichten 137 weibliche Weisiger. Sie verteilen sich wie folgt: Arbeiterkammern 41, Angestelltenkammern 49, Arbeiter- und Angestelltenkammern 4.

In die Landesarbeitsgerichte haben die Unternehmer keine weiblichen Weisiger gefandt, die Gewerkschaften 8. Feiler ist aus der Flotowschen Zusammenstellung nicht ersichtlich, welchen Gewerkschaften die weiblichen Weisiger angehören.

Die Gesamtzahl der Arbeiterweisiger verteilt sich auf die einzelnen Gewerkschaftsrichtungen wie folgt: ADGB 1972, UFA 887, Deutscher Gewerkschaftsbund 1040, Deutscher Gewerkschaftsring 422, Einheitsliste 1276, sonstige Listen 55. Bei der Einheitsliste dürfte bei weitem der Anteil der ADGB überwiegen. So hat jeder Arbeiterkammer immer mehrere Weisiger beauftragt, wobei 4 Weisiger auf jeder Seite das Mindestmaß und 8 Weisiger das Höchstmaß darstellen, kommt im Durchschnitt jeder Weisiger bei einer zweimaligen Sitzung in der Woche etwa alle 5 bis 6 Wochen zur Ausübung seiner Weisigerpflicht.

Genauere Angaben über die Berufstellung der Weisiger gibt die Flotowsche Zusammenstellung nicht, zu erkennen ist aber, daß von den 414 Weisigern der Arbeiter an den Landesarbeitsgerichten etwa 292 Verbandsangestellte sind, während auf Unternehmerseite etwa 140 mit Bestimmtheit feststellbar sind, welche Zahl aber in Wirklichkeit zu gering sein dürfte.

Einen Vortragskurs über Arbeitsphysiologie und Arbeitspsychologie veranstaltet die Gesellschaft für Gewerbehygiene in Gemeinschaft mit dem Deutschen Arbeitschulmuseum vom 27. bis 31. Mai in Charlottenburg, Fraunhoferstraße 11/12. Das Programm richtet Vorträge vor über Arbeitsphysiologie, psychologische, physiologische Arbeitsrationalisierung, Arbeitswissenschaft und Arbeitsprobleme der Körperhaltung, Rationalisierung und Arbeitschutz und über ähnliche Fragen mehr. Die Vorträge sind für alle Personen, die sich mit solchen Fragen zu befassen haben. Anmeldungen an die Geschäftsstelle der Gesellschaft, Frankfurt a. M., Platz der Republik 42.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16

Die Energie

Fachzeitschrift für Kräfteerzeugung und -Verteilung / Elektrotechnik / Maschinenbau / Metallbearbeitung

Reichhaltig illustriert und in Kupfertiefdruck hergestellt / Erscheint jeden Monat / Preis 25 Pf. pro Heft / Zu beziehen durch alle Verwaltungstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Arterienverkalkung

Ist sehr verbreitet. Prof. Dr. C. Tönniges, eine wissenschaftliche Autorität, schreibt darüber: „Die Arterienverkalkung ist leider in unserer Zeit ebenso sehr verbreitet wie die Nervosität.“ Der beste Beweis dafür ist, daß für von 100 Menschen 75 zum Opfer fallenden Arterienverkalkung entsteht durch übermäßige Ablagerung von Stoffwechselprodukten, besonders Kalksalzen, in den Arterien. Letztere werden dadurch ihrer Elastizität beraubt, es tritt ein ständiges Bluten, Schwindelgefühl, Gedächtnisschwäche, Kopfschmerz und starke Benommenheit des Herzes und Nervensystems ein, zuweilen sind auch Schlaganfälle, die mitunter tödlich verlaufen, die Folge der Verkalkung. Normalerweise tritt Arterienverkalkung erst im höheren Alter ein, vorzeitig gibt es aber schon Menschen im besten Alter, die unter Verkalkungserscheinungen leiden. Es empfiehlt sich deshalb, rechtzeitig gegen die Arterienverkalkung etwas zu unternehmen. Am besten sorgt man durch den Genuß des bekannten Philippsburger Herbaria-Arterienverkalkungstee dafür, daß

das Blut von Stoffwechselrückständen gänzlich gereinigt, dünnflüssig gemacht, dadurch die Zirkulationsfähigkeit erhöht und ein Fortschreiten der Verkalkung verhindert wird. Die nachstehend abgedruckten Dankscreiben, einige wenige von den vielen, die wir besitzen, sollten auch Ihnen Veranlassung geben, dieses absolut wirksame und unschädliche Naturprodukt regelmäßig zu nehmen:

... Ich im 70. Lebensjahr und benutze Ihren Arterienverkalkungstee seit einigen Wochen. Der Erfolg ist überraschend gut, die Durchblutung des Körpers ist bedeutend besser geworden, die Schwindelanfälle sind fast ganz verschwunden, auch ein Herzempfinden, die Kur möglichst lange fortzusetzen. gez. E. Bartels, Berlin-Weißensee.

... Der Tee hat mir gegen Arterienverkalkung sehr wohlgetan, die andauernden Kopfschmerzen und Schwindelanfälle sind fast ganz verschwunden, auch ein Herzempfinden, die Kur möglichst lange fortzusetzen. gez. D. O., H., Schleswig-Holst.

Alleiniger Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg AM 304, Baden

Magenleiden

39 Jahre mangelnd war Herr G. Z. ... aus Sarstedt in Hann. — Er nahm regelmäßig den bekannten und bewährten Philippsburger Herbaria-Magenbittertee und gesundete! Sein nachstehend abgedrucktes Dankscreiben und die vielen anderen täglich eingehenden Anerkennungen empfehlen diesen Heilkräutertee so sehr, dass wir nichts hinzuzufügen brauchen. Herbaria-Magenbittertee ist ein ausgezeichnetes und wirksamstes Naturheilmittel bei Magen-schwäche, Magenschwäche-Überschuss, Sodbrennen, Magen- und Darmkatarrh, Verdauungsschwäche, Magendruck und vielen anderen Magenleiden.

Herr G. Z. ... Sarstedt in Hann., schreibt: ... Ich leide seit meinem 21. Lebensjahr an Magenverderb, musste ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, die bei Durchleuchtung Magen-schwäche feststellte. Meine regelmäßige Herbaria-Magenbittertee, erzielte dadurch Ausbleiben der Magenschmerzen und Steifigkeit des Appetits. Ihr Herbaria-Magenbittertee hat mich von meinem 39-jährigen Magenleiden befreit!

Druckarbeiten
Jeder Ausführung
Verlagsgesellschaft
des D.M.A., Stuttgart

Seilsagen
WEDERDAMM
123456789

Photo-Katalog

132 Seiten stark vollständig kostenlos für Sie — Agis, Volkshader, Zeit-Ikon, Patent-Foto.

alle Markenzeichen
Bilder ohne Mehr-
belastung zum Original-
Listenspreis mit
1/4 Anzahlung, Rest
3-5 Monatsraten,
5 Tage zur Ansicht.

Durchschnittlicher
Foto-Spezialist

PHOTO-PORST
Nürnberg A 106
Lorenzplatz 10

BIOX-ULTRA-ZAHNPASTA

Größte Produktion der Welt!

OPEL

Stellenmarkt

Für unser Gas- u. Wasserwerk suchen wir einen erfahrenen Installateur für alle vorerwähnten Arbeiten in Gas- und Wasserinstallation. Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften erbeten an Gas- und Wasserwerk Ruhla

BETTEN Stahl-
Eisen-
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Elektronischer durch Fernbedienung
Preisliste 5 frei — Privatdruckerei Dipl.-Ing. LESSER, Berlin-Weißensee, Wilmannsstr. 14

Betten aus dichten Bett-Inlett

Oberbett mit 7 Pfund	15,85	19,75	23,75
Unterbett mit 5 Pfund	14,50	18,25	22,50
1 Kissen mit 2 1/2 Pfund	4,50	5,90	6,90
Vollständiges Bett	35,—	43,—	53,—
Bettfedern	1,25	1,90	2,40
Halbdauern	3,—	4,50	5,50
Dauern	8,50	10,50	12,50

Freilieferung gratis. Umtausch oder Geld zurück. Viele Dankeschreiben. Nachnahmeversand. Bettenfabrik H. Müller, Kassel 39, Mönchebergstr. 8/9

Billige böhmische Bettfedern

1 Pfund graue, gute, geschlossene Bettfedern 80 Hl., best. Qual. 1 Hl., halbwette, Raumgröße 1,20 u. 1,40 Hl.; weiße, Raumgröße geschl. 1,70, 2,00, 2,50, 3 Hl.; feinste, geschlossene Halbhaum-Perlefedern 4, 5, 6 Hl.; Kapf-federn, ungeschlossene mit Raum gemengt, halbwette 1,75 Hl., weiße 2,40, und 3 Hl.; querflächiger Raumwapp 2,50 und 4,50 Hl. Versand jeder Bettgröße Menge sofort gegen Nachnahme von 10 Pfund an fronte. Umtausch gestattet oder Geld zurück. Muster und Preisliste kostenlos. G. Senft, Prag XII., Amerika n. Nr. 26/269, Böhmen.

Organisierte Arbeiter kaufen Frischluft-Räder

Fahrradhaus Frischluft
Offenbach am Main
Eigentum des Arbeiter-tal-Bundes Solidarität
Gegründet 1898
Von organisierten Arbeitern hergestellt
Bestes Material
Im Tauschabgeldet
Garantie / Zahlungs-
erleichterungen
Verlangen Sie bitte Katalog.

Selbstvorwürfe

ersparen Sie sich, wenn Sie vernünftige Schul-prüfungen rechtzeitig nachholen. Vorbereitung neben dem Beruf, auch mit Volkshochschule, auf die Oberabnahme und das Abiturklausuren. Weitere Lehrgänge: Handelswissen-schaften, mathematische Bildung, Wissen-schaftlich gebild. Mann. Gebild. Kaufmann. — Mathematik, Deutsch, Französisch, Englisch usw. Ihre schriftlichen Ausarbeitungen werden ständig durch unsere Fernunterrichts-beamten geprüft und geprüft.

Vorbereitung zu technischen Prüfungen: Elektrotechnik, Maschinenbau, Hoch- und Tiefbau, Installation, Handwerk usw. Besondere Monatsabnahmen. Berufsberatung und Prospek-te kostenlos. Lehrproben zur Ansicht. Rustisches Lehrinstitut, Potsdam, Te. 161

Was ist Togal?

Togal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten!

Schreiben Sie für alle noch unversorgte Fälle: Tonal-mittlerer Heilung, anerkannt über 2000 Ärzte, darunter viele berühmte Spezialisten, die gute Wirkung des Togal-Sogen Sie Ihre Ärzte. In allen Apotheken. Preis 3 Hl. 1,40

3 Hl. 1,40, 6 Hl. 2,80, 12 Hl. 5,60, 24 Hl. 11,20

Ordnung ENAMELIEREN

Ordnung ENAMELIEREN

Ordnung ENAMELIEREN

Em-Em

Erkennungsgeldchen (Karte Em-Em)

Sehr viele Arbeiter, verwendet an Gts, Goldbesten u. Feinbesten. So steht erdteilt. Bester Wert, absteigend, Preislisten gratis.

H. Hasberg, Bielefeld
Metz. Straßendruckerei